

Der Tabak-Verbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltenen Zeilen. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 14

Sonnabend, den 6. April

1913

Heeresvermehrung und Kostendeckung.

Blutigeren Hohn auf die „Reichsfinanzreform“ im Jahre 1909 kann es nicht geben, als den Spektakel, der gegenwärtig über die Deckung der Kosten für die neue Heeresvermehrung gemacht wird. Die Neuanschaffungen und Neuerneuerungen für die ca. 150 000 Mann, die mehr ins Heer eingestellt werden sollen, kosten ca. 1000 Millionen Mark. Diese Summe soll durch eine einmalige Vermögenssteuer aufgebracht werden. Die Regierung will die Steuer durch einen gleichen Prozentsatz für große und kleine Vermögen schaffen, d. h. die großen Vermögen sollen wie gewöhnlich geschont werden.

Zu dem gleichen Zwecke, zur Schonung der Besitzenden, rätselt man, wie die fortlaufenden Ausgaben für die Heeresvermehrung, die ca. 250 Millionen Mark jährlich erheischen, aufgebracht werden können. Die Erbschaftssteuer wird vom schwarz-blauen Block bekämpft, der zwar im Reichstag in der Minderheit ist, dessen Wünsche aber dem Reichstagspräsidenten Bethmann-Hollweg Befehle sind. Darum wagt die Regierung nicht, eine Erbschaftssteuervorlage vor den Reichstag zu bringen.

Der Reichsschatzminister Ruhn, der seinerzeit unter seinem Vorgänger so rasch mit der Ausarbeitung einer Tabaksteuervorlage fertig war, rät jetzt hin und her, welche Steuervorlage er dem Reichstag präsentieren soll. Dabei richtet er sich natürlich auch nach den Wünschen des schwarz-blauen Blocks, an den anzugliedern jetzt Bevorzugungsversuche bei den Nationalliberalen angestellt werden. Schwer wird den Nationalliberalen der Unfall nicht werden, die ja seit den letzten Reichstagswahlen schon mehrfach gemeinsame Sache mit den Schwarz-Blauen gemacht haben.

Welches Steuerprojekt dabei den Vorzug dieser Steuergruppe erhalten wird, ist noch nicht abzusehen. Es mitspielen in der reaktionären Presse allerhand Pläne auf, von denen die meisten wieder auf eine Ausplunderung der arbeitenden Klassen hinauslaufen. Wagten einige Blätter doch sogar, die 1909 schon einmal von Zentrumsliberalen vorgeschlagene Kohlensteuer wieder anzuregen.

Nicht nur das, auch Monopolpläne tauchen unter allen Projekten wieder auf. So soll man bereits erwogen haben, ob einem Monopol aus Zündholzern oder Spiritus nicht ein Zigarettenmonopol vorzuziehen sei. Die Brandstiftung der breiten Massen wird also bereits lebhaft in Rechnung gestellt, wenn auch erklärlicherweise gerade diese Art der Steuervorlage sehr geheim gehalten wird. Die Tabakindustrie hat alle Ursache, gegenüber den Monopolabsichten auf dem Posten zu sein.

Inzwischen möchte man zur Täuschung des Volkes das Gesicht wahren, d. h. so tun, als ob diesmal die Besitzenden zur Aufbringung der Steuer herangezogen würden. Deshalb geht das Rätselraten weiter, wie man das Volk belämmern kann — nur darum handelt es sich.

Dass die Arbeiter wieder bluten sollen, ist das heimliche oder offene Verlangen aller Kapitalistentreize, seien es Junker oder Industrielle. Einen Beleg dafür gibt der unverstorbene aller bisherigen Vorschläge. Er bezieht sich auf die einmalige Vermögenssteuer und geht von den „Hamburger Nachrichten“ aus. Danach soll das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und das der Gewerkschaften zu dieser Steuer herangezogen werden. Andere Verbände, wie z. B. den Hansabund soll man frei lassen, weil sie „ihre Opferwilligkeit für den großen nationalen Zweck freiwillig befundene“ würden.

Wir würden sagen, bei dem Blatte sei eine Schraube Leder, wenn es nicht in seinem Vorschlag der bisherigen Gesetzeslosigkeit sich verschlisse, alles auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Dazu kommt freilich der Haß jenes scharfmärschischen Preßgesichters gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Auch spricht der Reid aus dem Vorschlag darüber, dass die Opferwilligkeit der Arbeiter die sozialdemokratische Partei instand setzt, die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes gegen die herrschenden Klassen zur Hand zu haben.

Die Gewerkschaften denkt das Blatt durch die Besteuerung ebenfalls finanziell zu schwächen und damit die Kämpfe der Arbeiter für die Besserung ihrer Lage einzugehen. Was die Arbeiter zu diesem Zweck unter Entbehrungen aufzubringen will das Blatt auch noch besteuern. Diese Kapitalistentreize von der Feder sind doch wahre Gemütsmenschen. Wie wär's, wenn sie einfach die Konfiskation solcher Arbeitersammlungs empfehlen würden? Das entspräche doch eigentlich erst ihrer innersten Neigung. Aber gemacht! Der schwarz-blau Block wird schon in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen und der Regierung ein Steuerblattchen ausscheiden, das in anderer Form den

fremdlichen Absichten jenes Blattes der Ausbeuter und Scharfmacher entspricht.

Denn, dass man die Arbeiter bei der neuen Steuerabschöpfung auslassen wolle, diesen Schwund verkündeten wohl vor Wochen einzelne Blätter, inzwischen ist er aber völlig verstimmt, und alle Genies im Reichsschatzamt quälen sich ab um die Entdeckung oder Erfindung eines überschlagenden Planes, mit dem man die Arbeiter übers Ohr hauen und dabei ausplündern kann, ohne dass sie es merken.

Ja, wenn die Arbeiter durch die ewige Schinderei nicht schon zu pfiffig geworden wären! Aber sie kommen jetzt schon zu leicht hinter alle Schläge, es braucht gar nicht so tollpatschig auf sie losgefahren zu werden, wie die „Hamburger Nachrichten“ und andere Regelagerer es tun.

An dem bisherigen System, dass die arbeitenden Klassen die Mannschaften für das stehende Heer liefern müssen, dann aber auch zur Tragung der Kosten für dieses Heer verurteilt werden, wird solange festgehalten, als es sich eben die arbeitenden Klassen gefallen lassen. Wie lange das noch dauern wird, hängt von der Einsicht der Arbeiter selbst ab.

Ausbeutung der Tabakarbeiterinnen durch Überarbeit.

Die Tabakindustrie weist die niedrigsten Löhne auf. Diese traurige Tatsache ist natürlich der in der kapitalistischen Produktionsmethode allgemein grassierenden, zunehmenden Profitsucht zugeschrieben. Mit Raffinerkeit macht sie sich alle Eigenheiten der Tabakindustrie zunutze. Ob dabei die Arbeiter die Opfer sind, das tut der Gewinn such keinen Abruch.

Gürde und Freuenarbeit wurden in der Tabakindustrie immer stärker in Anspruch genommen, bis gesetzliche Bestimmungen der schamlosen Ausbeutung eine endgültige Grenze zogen. Beseitigt ist damit die Ausbeutung der weiblichen und der Kinderarbeit nicht, sonst müsste es überhaupt besser um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie stehen.

Die leichte Herauszierung weiblicher Arbeitskräfte zur Tabakindustrie, resp. zur Zigarrenfabrikation, ermöglichte den Unternehmern den Druck auf die Löhne. Weibliche Arbeitskraft wurde billiger bezahlt, obgleich Arbeiterinnen dieselbe Ware herstellen mussten, wie männliche Arbeiter. Dieser ganz ungerechtfertigte Lohnunterschied wurde mit der Zeit zwar mehr und mehr ausgeglichen, aber nicht zugunsten der Arbeiter, denn der niedrige weibliche Lohn wurde meist zur Grundtaxe des Lohnes für alle. Ließ sich jedoch die Niederhaltung, richtiger Herabdrückung, des Lohnes an einem Orte nicht durchführen, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen sich dagegen wehrten, dann wanderten die Unternehmer mit ihren Fabriken in ländliche, von der Industrie nicht berührte Gegenden, wo die weibliche Arbeitskraft noch billiger zu haben war, und ließen es sich nicht verdrehen, diese billigen Arbeiterinnen zur Zigarrenmacherie anlernen zu lassen. Dieser Vorgang wiederholt sich heutigen Tages noch, wenngleich das Gebiet der industriearmen Gegenden immer mehr begrenzt wird. Kurz, wie die Kinderarbeit wird auch die weibliche Arbeit zur Herabdrückung der Löhne missbraucht.

Allein, die Ausbeutung der Arbeiter vollzieht sich in den verschiedensten Formen. Eine der rücksichtlosesten Formen der Ausbeutung ist die Überarbeit. Es wirkt die Ausbeuter, dass die Arbeitszeit für Arbeiterinnen gesetzlich begrenzt ist. Denn in vielen Fällen kann die männliche Arbeit über diese Grenze hinaus auch nicht beschäftigt werden, obwohl das gerade in der Zigarrenindustrie noch viel vorkommt. Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene, also auch für männliche Personen, wendet sich das Unternehmertum überhaupt mit aller Schärfe. Es weiß nur zu gut, dass lange Arbeitszeit ein Mittel ist, die Löhne niedrig und den Profit hoch zu halten. Daher haben sie allen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch ihre Sachwalter im Reichstage und in der Regierung Ansahme bestimmen an die Seite setzen lassen, die ihnen die Möglichkeit der bisher betriebenen Ausbeutung auch weiter sichern sollen. Und sie wissen diese Ausnahmeverordnungen raffiniert wahrzunehmen.

Unterstören verlangen die Herren Fabrikanten in jenen Bezirken, wo sehr viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, behördliche Erlaubnis, die Tabakarbeiterinnen über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit hinaus beschäftigen zu dürfen. Diese Überarbeit ist in manchen Orten geradezu zur Gewohnheit geworden, obgleich kein Roststand vorliegt, der das rechtfertigt. Die Erlaubnis wird gegeben, denn selten beragt sie eine Be-

hördre — herrschen doch die Kapitalisten in der Gemeinde.

Wir unterlassen es, hier Einzelheiten anzuführen oder die Berechtigung der Grinde zu untersuchen, die für die Zugabe der Erlaubnis geltend gemacht wurden. Die Ausnahmeverordnungen der Gewerbeordnung, nach denen Überarbeit gestattet werden kann, sind überhaupt für die Zigarrenfabrikation völlig ungerechtfertigt; sie dienen nur der Bereicherung der Unternehmer. Die schnelle Ausführung einer großen Bestellung rechtfertigt nicht die schwere Ausbeutung der Arbeiter, denn diese haben keinen Vor teil davon. Im Gegenteil, durch die längere Arbeitszeit wird ihre Lebenskraft, ihre Gesundheit geschwächt. Höherer Lohn wird für Überarbeit in der Zigarrenindustrie nicht gezahlt, den Arbeiterinnen erst recht nicht. Lange Arbeitszeit lädt auch die Intensität der Arbeit; wird aber durch längere Arbeitszeit wirklich etwas mehr als sonst verdient, dann prahlen die Unternehmer mit den angeblich hohen Löhnen, und suchen mit Hinweis darauf die Löhne zu drücken.

Das ist im allgemeinen die schädliche Wirkung der Überarbeit: Lohn und Gesundheit schädigt. Darum müssen alle Arbeiter, denen die Zumutung von Überarbeit gemacht wird, in der Erkenntnis des Schadens, den sie davor haben, sich verständigen, und geschlossen die Zumutung ablehnen. Zu den genannten beiden Hauptübeln der Überarbeit kommt noch ein weiteres hinzu. Das ist die Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Muss der Unternehmer größere Anstrengungen ausführen, dann mag er mehr Arbeitskräfte einstellen und damit die Arbeitslosigkeit verringern helfen. Freilich, müssen die Unternehmer Nachfrage nach Arbeitern anstellen, dann werden die begehrten Arbeiter auf Zahlung anständiger Löhne leben. Nachfrage nach Arbeitern erleichtert also das Streben nach höheren Löhnen, Arbeitslosigkeit, resp. Angebot von Arbeitskräften dagegen erleichtert den Lohndruck. Überarbeit jedoch schwächt die Nachfrage nach Arbeitern, fördert vielmehr die Arbeitslosigkeit, ist also auch aus dem Grunde von Neben.

Nach allem, was in jüngster Zeit bekannt geworden ist, ist das Verlangen der Unternehmer nach Überarbeit stärker geworden, und die Behörden haben in manchen Bezirken sich nur zu leicht bereit finden lassen, die Erlaubnis zur Überarbeit zu gewähren. Diesem für die Arbeiter schädlichen Missstand zu steuern, müssen die betroffenen Arbeiter den Weg der Offenlichkeit betreten und die Manipulationen der in Frage kommenden Unternehmer in unserer Presse besprechen. Man mag uns nur melden, wo und aus welchen Gründen Überarbeit gemacht wird, wir werden nicht verfehlten, die Fälle gründlich zu untersuchen, um Wandel zu schaffen.

Es ist eine Schande für das Unternehmertum einer Industrie, in der die niedrigsten Löhne gezahlt werden, dass die Lage der Arbeiter durch solche Manipulationen noch verschärft wird. Und das Organ des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes hat noch den Mut, dieser unsamen Art der Ausbeutung das Wort zu reden und zu verlangen, dass von den Behörden weniger Schwierigkeiten in der Erteilung der Erlaubnis einer verlängerten Arbeitszeit gemacht werden. Diese Stellung des Fabrikantenblattes bestätigt allein schon, dass systematisch auf die Praktizierung dieser Arbeiterschänderei hingewirkt wird. Dem muss ein Riegel vorgespannt werden!

Rundschau.

Die Anwendung des § 153 gegen Gewerkschaftsangestellte macht in Sachsen unheimliche Fortschritte. Schon liegen wieder zwei Verurteilungen vor. In Chemnitz wurde der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, Schönher, wegen Bedrohung Arbeitswilliger zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Zu dem einen Arbeitswilligen soll er gesagt haben: „Was deine Kollegen errungen haben, willst du über den Haufen schieben?“ und zu dem andern: „Du willst dich in das Bett legen, das andere gemacht haben!“ Die Urteilsbegründung anerkennt ausdrücklich, dass die „Drohungen“ zwar ehrwidere seien, aber die Arbeitswilligen müssten geschützt werden. Der Geschäftsführer Albert Pöhlert vom Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter wurde vom Schöffengericht in Rödigstein zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Bedrohung nach § 153 der Reichsgewerbeordnung, weil er in wiederholten Fällen im Gebiete der Sachsenischen Schweiz Flugblätter verbreitet und diese auch verantwortlich gezeichnet hat, in denen zum Beispiel einer Mühle in Hüttens aufgerufen wird — Es wird immer schöner. Wegen einer nach der Judikatur des Reichsgerichts an sich erlaubten Anwendung eines wirtschaftlichen Kampfmittels werden die Vertreter

der Arbeiter bestraft und die Unternehmer gehen bei massenhaften Vergehen gegen Strafgesetz, bürgerliches Recht und Gewerbeordnung frei aus. Das nennt man dann auch noch Gerechtigkeit im heutigen Klassenstaat!

Bürgerliche Sozialpolitik. Die Rücksändigkeit der bürgerlichen Gemeindevertreter der Stadt Ningburg in sozialpolitischen Dingen zeigte sich bei der Beratung des Gemeinbehaushaltplanes im Stadtmagistrat wieder. Abgelehnt wurde der Antrag der Sozialdemokraten, 15 000 Mark zur Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung einzustellen, da dieses Aufgabe des Reiches sei. Abgelehnt wurde auch ein anderer sozialdemokratischer Antrag, durch den die Löhne aller städtischen Arbeiter und Bediensteten mit einem Einkommen unter 2000 M um 20 % täglich gesteigert werden sollten. Die Ablehnung erfolgte mit Rücksicht auf die Privatindustrie, obwohl diese noch höhere Löhne zahlt als die hier geforderten. Schließlich ließ sich die bürgerliche Mehrheit herbei, den Arbeitern und Bediensteten mit einem Einkommen unter 1200 M eine Lohn erhöhung von täglich — 10 % zu gewähren.

Husaren als Streitbrecher. Zu welchen Zwecken unser Militär dient, zeigt der erste Streittag der Transportarbeiter in Stolp in Pommern. Einer der bestreiten Spediteure, Stadtverordneter Emil Freudenthal, wandte sich an das Regimentskommando des dortigen Husarenregiments Nr. 5 um Hilfe. Prompt wurde sein Wunsch erfüllt. Zum Staunen der dortigen Einwohner sieht man, wie Husaren im Schweife ihres Ansehens sich abmühen, Streitbrecherdienste zu leisten. Angesichts der kommenden Militärvorlage ist es zu begrüßen, daß den Bürgern gezeigt wird, wozu das Militär nötig ist. Natürlich ist sofort dem Generalkommando Mitteilung gemacht worden.

Kinderarbeit in der Landwirtschaft. Das Kinderschutzgesetz hat der gewerblichen Ausnutzung der Kinder einige Schranken gesetzt, und wenn es da auch noch manches zu verbessern gibt, so ist doch ein Anfang gemacht, und bei energischer Anwendung der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen läßt sich manches Unheil verhüten. Die Agrarier haben es leider verstanden, die Ausdehnung dieses Kinderschutzes auf landwirtschaftliche Betriebe zu verhindern. Immer mehr zeigt sich aber, wie gerade in der Landwirtschaft die Ausbeutung der Kinderarbeit einen Grad erreicht hat, der eine wirklich sozial gesinnte Regierung zu schlemigen Taten drängen würde. Bezeichnende Beispiele von dem, was auf den Gutshöfen möglich ist, bietet der Bericht des Schularztes im Kreisamt Lippe über seine Erfahrungen in den sogenannten Hirtenhäusern. Diese spezielle Schuleinrichtung besteht hier und da noch und hat den Zweck, den Landwirten eine Ausnutzung der Kinder in der Viehwirtschaft zu ermöglichen. Da heißt es u. a.:

"In einer Schule wurden folgende Angaben gemacht: Ein zehnjähriger Junge hatte dieses Frühjahr drei Nächte hintereinander im Schweinstall wachen müssen und nur eine Stunde Schlaf gehabt. In derselben Schule hat ein anderer Knabe voriges Jahr und dieses Jahr zweimal mehrere Wochen lang eine um die andere Nacht im Schweinstalle aufpassen müssen. Beide Knaben haben dann mit Erlaubnis des Lehrers in der Schule geschlafen. Von einer anderen Schule heißt es: Viele Kinder sind bei den Bauern untergebracht und dort übermäßigen Anstrengungen ausgesetzt, sie haben keine Zeit zu Schularbeiten, müssen früh heraus und spät zu Bett und sind daher schlaflos. Einem anderen Knaben hat ein Lehrer Geld zu Seife gegeben, da er sich ständig hat im Bett wachsen müssen. Ein anderer Lehrer derselben Schule erklärte, er habe stets für den Kindern Seife bereitzulegen. In einer anderen Schule wurde in Folge der Landwirtschaftlichen Arbeitnern geradezu über Nachahme der Intelligenz bei den älteren Knaben geplagt. Die Kinder müssen, sobald sie aus dem Nachmittagsunterricht heraus sind, tagtäglich mit der Hölle auf den benachbarten Gütern bis zum Sonnenuntergang arbeiten."

Bei einer derartigen intensiven Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft ist allerdings die Ablösung der Intelligenz kein Wunder, aber was kümmert das die Agrarier! Intelligente Arbeiter sind ihnen im Grunde verhaft — der dumme Arbeiter ist ihnen der liebste.

Ein mögliches Element. Der vielfach vorbestrafte Schlosser Gustav Ziegler war während des Streiks in der Löderschen Waggonfabrik in Görlitz als Streitbrecher beschäftigt. Seine "mögliche" Tätigkeit übt er nicht nur in der Fabrik, sondern auch bei seiner Logistwirtin aus, der er ein Sparschlüsselbuch und einen Trauring stahl und ihr außerdem das Logisgeld schuldig blieb. Wegen Diebstahl und Urkundenfälschung angeklagt, verurteilte ihn die Strafammer in Görlitz zu 2 Jahren 3 Monaten Buckthorn, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Wegen der Gemeingeährlichkeit des Angeklagten — bemerkte der Vorsitzende — habe das Gericht auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Sozialdemokratische Bildungsarbeit. Die "Kölner Volkszeitung", das bekannte Zentrumsorgan, läßt sich in der Polemik mit der Oppersdorff-Gruppe ein wertvolles Geständnis entlocken. Eines der Blätter (den Namen nennt die "Kölner Volkszeitung" nicht) jener Gruppe hätte behauptet, daß die Kölner katholischen Arbeitervereine gemeinsam mit den "interkonfessionellen" Gewerkschaften Volksbildungssabende veranstalteten. Darauf schreibt die "Kölner Volkszeitung" in ihrer Nummer 242 vom 20. März:

"Der Schreiber dieser Seite hat gar keine Ahnung davon, daß es sich hier um eine Veranstaltung handelt, den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die ihrerseits die allgemeine Bildung der Arbeiter eifrig fördert, ein Gegengewicht zu bieten und für die katholischen und die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf diesem Gebiet etwas Nehmliches zu leisten."

Hier haben wir zunächst eine für die sozialdemokra-

tischen Bildungsbestrebungen rhomatische Anerkennung aus gegnerischer Feder, zugleich aber das unverblümte Eingeständnis, daß die Klerikalen nicht deshalb in Volksbildung (sie ist allerdings danach!) machen, weil sie diese fördern wollen, sondern daß unsere Bildungsarbeit sie dazu gezwungen hat.

Schmuggelübungen für die nationale Jugend. Die nationale Jugendpflege begnügt sich nicht mehr damit, die Jugend zur Soldatenpielerie zu erziehen, man geht auch dazu über, der Jugend noch anderes beizubringen. Im Erzgebirge ist ein findiger Kopf auf den Gedanken gekommen, der Jungen ein Geländespiel "Pascher und Grenzjäger" beizubringen. Die bürgerliche Presse teilt mit, es sei sehr interessant gewesen. In Wirklichkeit ist dieses Spiel sehr gefährlich. Man muß bedenken, daß das Erzgebirge sehr nahe an der Grenze liegt, und daß infolge der Zustände im Innern des Reiches die Versuchung zum Paschen ohnedies sehr groß ist. Jetzt wird nun diesen jungen Leuten systematisch beigebracht, wie sie auf Schleichwegen Gegenstände vom Auslande ins Inland transportieren. Vielleicht bequemt man sich dazu, daran einen theoretischen Unterricht zu knipsen, was zur Absperrung der Grenzen geführt und die Tätigkeit des Paschens hervorgebracht hat. Aber der Fall liegt sehr nahe, daß die praktischen Übungen eines Tages auch anderweitig erprobt werden. Beispiele auf anderen Gebieten liegen zur Genüge vor. Der Dienst der Grenzbeamten, der ohnehin nicht leicht ist, wird dadurch erschwert, und wenn es in Zukunft zwischen Grenzern und Paschern vielleicht gar zu blutigen Auseinandersetzungen kommt, so ist das der sachverständigen bürgerlichen Jugendpflege zu danken.

Die Reichen in Deutschland. Das von dem früheren Regierungsrat, jetzigen Staatsanwalt Rudolf Martin herausgegebene Jahrbuch der Millionäre dürfte für die Beurteilung zu der einmaligen Vermögensabgabe von recht erheblichen Wert sein. Nach den neuesten Zusammenstellungen besitzen die reichsten Leute Deutschlands folgendes Vermögen:

Franziska Krupp von Bohlen u. Halbach in Essen-Stuhr	283 000 000
Fürst Hendell von Donnersmark in Neudeck, O.-S.	254 000 000
Generaltonius Freiherr von Goldschmidt-Rothschild, Frankfurt a. M.	183 000 000
Herzog von Ujest, Sławnitz, O.-S.	154 000 000
Kaiser Wilhelm II.	140 000 000
Die fünf größten Einkommen im Königreich Preußen gehörten im Jahre 1912 folgenden Personen:	
Kaiser Wilhelm II.	22 000 000
Franziska Krupp von Bohlen u. Halbach	18 980 000
Fürst Hendell von Donnersmark	13 145 000
Herzog von Ujest	6 500 000
Geheimer Konferenzzrat Biese in Lärzwalde bei Cottbus	6 430 000

Eine Streitbeschädigungsgesellschaft. Von den zahlreichen Streitbeschädigungsgesellschaften, die sich die Unternehmer als Ergänzung ihrer eigentlichen "Arbeitgeberverbände" geschaffen haben, ist der "Deutsche Zentralstreitbeschädigungsbund" eine der ältesten. Er wurde im April 1906, also kurz nachdem die Errichtung solcher Entschädigungs- oder Unterstützungsseinrichtungen von den Unternehmerverbänden in ihren Aufgabekreis einbezogen wurde, gegründet. Zunächst als "Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsunfällen" vom Verband sächsischer Industrieller gegründet und auf Sachsen beschränkt, wuchs er sich in wenigen Jahren zu einer fast selbstständigen Organisation aus, änderte seinen Namen und dehnte seinen Wirkungskreis auf das ganze Reich aus. Seine Organisation ist örtlich und fachlich gegliedert, als Mitglieder gehören ihm Arbeitgeberverbände und einzelne Unternehmer an. Die Mitglieder müssen von je 1000 M Lohnsumme, die sie bezahlen, 50 % als Eintrittsgeld und 1 M als Jahresbeitrag bezahlen. Dieser Staffelung des Beitrages nach der Lohnsumme entspricht auch die Entschädigung bei einem Streit. Die bestreiten Unternehmer erhalten für jeden aussallenden Arbeitstag bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes aller Arbeiter als Entschädigung. Die Entschädigung wird auch für solche Arbeiter bezahlt, die zwar am Streit nicht beteiligt, aber wegen Arbeitsmangels bei einem Streit entlassen werden. Irgend eine Verpflichtung zur Aussperrung erwächst den Mitgliedern aus ihrer Zugehörigkeit zum Industriebeschützerverband nicht, jedoch wird jede "vom Verband gutgeheizte" Aussperrung als Streit betrachtet, das heißt, es wird im gleichen Umfang Entschädigung dafür bezahlt. Der Industriebeschützerverband hat sich stark entwickelt. Im Jahre 1906 zählte er 671 Mitglieder, die 62 368 Arbeiter beschäftigten; 1912 wurden 3650 Mitglieder gezählt, die 264 000 Arbeiter beschäftigten.

Die Verständigung der Bergarbeiterverbände. Die "Bergarbeiter-Zeitung", das Organ des alten Verbandes, nimmt in ihrer letzten Nummer Stellung zu dem Artikel des "Bergknappen", in dem einem Verständigungsversuch der beiden Organisationen zur gemeinsamen Wahrnehmung der Bergarbeiterinteressen das Wort geredet worden war. Die "Bergarbeiter-Zeitung" beschäftigt sich zunächst eingehend mit dem Teil des "Bergknappen"-Artikels, in dem die alberne Behauptung aufgestellt und zu beweisen versucht wird, daß der Bergarbeiterverband die Schuld an der ungenügenden Steigerung der Bergarbeiterlöhne trage. Nachdem die "Bergarbeiter-Zeitung" diese recht christliche Verleumdung, die ein recht merkwürdiges Präludium zu der angeregten Verständigung darstellt, mit einer Fülle unüberleglicher Tatsachen abgetan und den hinguckerischen Christlichen nachgewiesen, daß ihr Vertrag beim vorjährigen Streit schon lange vorher beschlossen wurde, sagt sie von dem christlichen Verständigungsvorbruch:

Von einer Annäherung an den Streitbruch-Gewerksverein seitens der Verbandsleitung kann keine Rede sein.

Mit Streitbrechern kann keine Gewerkschaft keinerlei gemeinsame Sache machen und müssen die Christen sich erst vom Streitbruch reinigen, müssen sie erst die von ihnen angekündigte energische Wohnbewegung einleiten, ehe sie von Annäherungsversuchen schreiben dürfen. Die "Heze" gegen den Streitbruch-Gewerksverein besteht in einem fortgesetzten Abwehrkampfe, den die Verbandsleitung gegen erfundene Verleumdungen zu führen gezwungen ist.

So sehen sie aus! Wieder stand einmal ein "schutzbedürftiges Element" in Königsberg vor Gericht. Wegen verdeckten Mordes hatte sich der "Arbeiter" Otto Müller, der in der Union-Gießerei als Streitbrecher tätig gewesen ist, vor den Geschworenen zu verantworten. Er hatte versucht, auf offener Straße seine Braut zu ermorden, da diese sich von ihm abgewendet hatte. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß dieses "Element" ein rohes und gewalttätiges Verhalten an den Tag gelegt hatte. Seine Braut hatte der Bursche, wie Zeugen aus sagten, wiederholt mißhandelt. Er hatte von ihr Geld haben wollen, und wenn er nichts erhielt, schlug er sie in der schändlichen Weise. Auch mit dem Messer und Revolver hat er sie wiederholt bedroht. Die Mißhandlungen wurden so arg, daß sich das Mädchen veranlaßt sah, der Polizei Anzeige zu erstatten. Natürlich wollte es auch von diesem Menschen nichts mehr wissen, was ihn noch mehr ausbrachte. Er lauerte dem Mädchen öfters an der Arbeitsstelle auf, und schließlich sah er den Entschluß, das Mädchen zu erschießen. Mit einem Revolver war er ausgestattet. Wie er vor Gericht erklärte, hatte er sich die Waffe angeschafft, um sich vor den Angriffen der Streitenden zu schützen. Dabei haben diese nicht einmal daran gedacht, an solches Gewicht irgendwie heranzutreten.

Eines Morgens lauerte der Streitbrecher seiner Braut auf. Als er sie traf, sprach er sie an, und als sie ihn zur Seite stieß, gab er auf das Mädchen einen Schuß ab. Dieses lief mit einer Wunde im Rücken in einen Bäderladen. Der Streitbrecher suchte dem Mädchen nach und schoss wieder. Darauf versuchte die Angeschossene in den Hausschlaf zu entkommen, doch auch hier setzte ihr der Kerl nach und gab nochmals einen Schuß auf sie ab, worauf sie zusammenbrach, während der Revolverheld die Flucht ergriff, aber bald festgenommen wurde. Das Mädchen ist auch jetzt noch nicht ganz hergestellt. Am Sonnabend hatte sich der Streitbrecher wegen verdeckten Mordes vor den Geschworenen zu verantworten. Der Staatsanwalt erklärte, der Angeklagte sei zweifellos ein roher und gewalttätiger Mensch. Außerdem roh sei auch sein Verhalten gegen das Mädchen gewesen. Die Tat des Angeklagten sei als versuchter Mord zu betrachten. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der versuchten vorsätzlichen Tötung schuldig, verneinten die Überlegung, verfragten aber dem Angeklagten mildende Umstände. Das Gericht erkannte auf acht Jahre Zuchthaus; es erklärte, der Angeklagte habe eine Feige, rücksichtslos Tat begangen.

Die Bedeutung der Gewerkschaftsmärkte in den Vereinigten Staaten. Nach einer Zusammenstellung des "Label Department's" oder Abteilung für die Gewerkschaftsmärkte im amerikanischen Arbeiterschwung wurden in den letzten Jahren von den hierbei in Betracht kommenden Organisationen Gewerkschaftsmärkte wie folgt verbraucht:

	1911	1912
Verband der Bauarbeiter	41 836 850	44 239 850
Drahgtgelehrter	6 000	6 000
Offenseziger	20 000	22 000
Inchut- und Mützenmacher	4 015 000	5 305 000
Tabakarbeiter	383 900 000	408 925 000
Handschuhmacher	1 841 500	1 874 500
Häcker und Konditoren	584 210 590	555 439 000
Kleidermacher	42 384 000	45 430 000
Textilarbeiter	240 000	400 000
Portefeuiller	11 000	37 000
Schneider	511 000	529 681
Zigarrenmacher	28 315 000	28 600 000
Gutmacher	16 660 000	16 473 832

Es handelt sich hier natürlich um solche "Gewerkschaftsmärkte", die aus Papier oder Stoff hergestellt und auf die unter gewerkschaftlich anerkannten Bedingungen hergestellten Produkte befestigt, aufgeklebt oder aufgenäht werden. Der Gewerkschaftsbund hat für die kleineren Gewerkschaften noch ein kleineres, allgemeines "Label", dessen Umsatz auch alljährlich zirka 10 Millionen Stück beträgt. Manche Gewerkschaften haben eigene "Label"-Fabriken, die ihnen schöne Überschüsse einbringen, da in den meisten Gewerben der Unternehmer die "Labels" von der Gewerkschaft kaufen muß.

Eingesandt.

Die Ansichten über den § 9 unseres Status sind ja in letzter Zeit sehr verschieden in unserem Verbandsorgan dargelegt worden, steht es doch wohl auch jedem Kollegen frei, seine Meinung darüber zu äußern. Letzteres ist auch nur zu begrüßen, soviel sich die Ausschüsse sachlich und vernünftig bewegen. Aber der gehässigen Art und Weise, in der die "mehreren Kollegen von Zehdenick" Reklame für sich machen, kann doch von keinem nur halbwerts begeisterten Kollegen zugestimmt werden, geschweige denn protest anzuschließen. Es gehört schon ein trauriger Mut dazu, andere Kollegen, welche offen ihre Namen nennen, wegen ihrer Meinung herunterzuziehen. Aber: Bloß nicht den eigenen Namen nennen! Glauben denn die Zehdenicker, sie leisten mit ihren Aktivitäten gute Agitationarbeit? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Wenn besser wäre es gewesen, vom Vorstand in sachlicher Weise zu fordern, öffentlich im Label-Arbeiter zu erklären, worum es sich veranlaßt, eine Beschneidung der Arbeitslosenunterstützung vornehmen zu müssen. Halten sich die mehreren Zehdenicker bestigt, unsere besten Kräfte, welche aus unseren Reihen hervorgegangen sind und doch schon so viel Anerkennenswertes geleistet haben, abzusagen? Ach, wenn sie würden, wieviel über ihren Eifer schaute gelacht worden ist.

Wie schon erwähnt, halte ich die Entscheidung des Vorstandes und Ausschusses für eine Belohnung der Arbeitslosenunterstützung in ihrer seitigen Fassung des Status, und dieser Ansicht und allem Anschein nach auch die meisten Leipziger Kollegen und Kolleginnen. Wäre auf der letzten Generalversammlung der § 9 etwas weitgehender gefaßt worden, so wären die ganzen Anerkennungen, welche doch nicht zum Vor teil unserer Organisation gegeben sind, unterblieben. Nun mag man sich aber doch die Frage

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr 14

Sonntag, den 6. April

1913.

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland!
Alle Gelder sind zu senden an W. Nieber-Wessland,
Bremen, Faulenstraße 58/60, Postcheckamt Hamburg 11,
Postcheckkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen,
doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Wohltäter.

In Schulseelschülern findet man mitunter die rücksichtsvollsten Geschichten. Wir erinnern uns, wie in einem solchen Buche erbaulich erzählt wird, wie eine Frau zur sogenannten Wohltäterin des Erzgebirges wird, indem sie dort das Spikentöpfchen einführt. So etwas röhrt natürlich alle älteren Tanten männlichen und weiblichen Geschlechts. Chrsamer Blutergesicht und tugendsame Zufriedenheit triumphierten. Es gibt leider auch heute noch Arbeiter, die des Glaubens sind, der Unternehmer errichtet seine Betriebe und stellt „seine“ Leute an, um Arbeit für jene zu schaffen, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind. Und wenn der Unternehmer davon redet, wie wohltätig er doch sei, indem er den Arbeitern doch Beschäftigung und Verdienst verschafft, so sind immer noch Arbeiter und Arbeiterinnen zu finden, die sich zur Dankbarkeit verpflichtet fühlen. Als ob der Unternehmer sein Kapital in irgend einen Betrieb steckt, um Arbeitern zum Verdienst zu verhelfen. Der Kapitalist sucht sich zur Anlage seiner Gelder Berufe und Betriebe aus, wo noch etwas zu verdienen, wo der Profit ein lohnender ist, und er sucht seine Kapitalien zurückzuziehen, wenn der Betrieb nichts mehr oder nicht genügend mehr einbringt. Dass das mitunter nicht so schnell geht, als es vielleicht beabsichtigt wird, ändert an der Grundsätzlichkeit dieses kapitalistischen Gebarens durchaus nichts. Freilich mag es Unternehmer geben, die über den Zusammenhang und das Getriebe unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung völlig unangewandt sind, und die sich deshalb auch einreden, sie gäben den Arbeitern Lohn und Brot; trotzdem sind sie natürlich gezwungen, den Gesetzen des Kapitalismus unweigerlich Folge zu leisten.

Dass es Unternehmer gibt, die von sich glauben, etne persönliche Wohltat zu leisten, wenn sie Arbeiter beschäftigen, können wir verstehen. Das ist eben gangbare bürgerliche Ansicht. Nicht begreifen können wir dagegen, wenn Arbeiter in dem Gedanken leben, dass der Unternehmer etwas anderes ist, als ein Rad im großen Wirtschaftsgetriebe. Allerdings erfüllt dieses Rad andere Funktionen und ist anders konstruiert, als es jenes Rad ist, das man Arbeiter nennt.

Die „Wohltätigkeit“ des Unternehmertums spielt nun in unserem Berufe, in der Tabakindustrie, eine ganz besondere Rolle. Wir wollen aber zeigen, wie dieselbe in Wirklichkeit zu bewerten ist. Es ist uns Tabakarbeitern tatsächlich genug bekannt, und wir spüren es nur zu deutlich in unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wie unsere Fabrikanten heute mehr denn je das Bedürfnis nach Verlegung ihrer Betriebe, bezw. nach Einrichtung neuer Filialen haben. Das können wir ihnen persönlich nicht zum Vorwurf machen, denn sie sind eben nach unserer Meinung nicht „Herr im Hause“, sie können sich den Erscheinungen und Formen des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht entziehen; es sei denn, sie würden sich persönlich nicht mehr betätigen. Aber eine solche Zurückziehung würde an sich bedeutungslos sein, da dann eben andere mit dem zinstragenden Gelde in derselben kapitalistischen Weise wirtschaften müssten.

Man bedenke nun, wie unsere Fabrikanten in den Städten und Dörfern, wohin sie mit ihrem „Segen“ kommen, oftmals als Wohltäter, und wer weiß noch, als was, gefeiert werden. Die Honorationen des Ortes, Bürgermeister, Geistliche usw. lobhudeln um sie herum, man hant ihnen Betriebsräume, oder erleichtert in jeder nur möglichen Weise den Bau derselben, befreit sie ganz oder teilweise von den kommunalen Lasten, und was dergleichen noch mehr geschieht, während die Arbeiterschaft, die meistens bisher eine ländliche war, überzeugt ist von einer künftigen besseren Lebenshaltung durch die in Aussicht stehende vermehrte Verdienstmöglichkeit. Da erscheint allen der brave Fabrikant als ein solcher Heiland, der gekommen ist, Land und Leute zu beglücken. Und wir wissen aus Erfahrung, wie sich die Herren so gern als Wohltäter feiern lassen und sich an ihrem Glorienschein erwärmen. Über da müssen wir doch fragen: Was ist Wahrheit, was ist Dichtung? Bemühen wir uns, den Dingen auf den Grund zu gehen, so verblasst der Glorienschein gar bald und die bittere Wahrheit heißt dann: Nichts anderes als kapitalistisches Gebaren, berechnet auf den größtmöglichen Profit! Betrachten wir uns doch einmal die Vorgänge. Da kommt ein Zigarrenfabrikant mit seinem „segenspendenden“ Betrieb in irgend einen abgelegenen Ort; da er auch bisher schon fabriziert und Leute beschäftigt hat, müsste man doch fragen, weshalb der Betrieb nicht an dem alten Orte bleibt, weshalb er nun gerade nach diesem oder jenem abgelegenen Ort verlegt wird. Nur, um Wohltaten zu üben? Gewiss ist den Leuten ein besserer Verdienst zu wünschen, aber an dem bisherigen Fabrikationsort wurden doch auch Leute beschäftigt, die gerne arbeiteten und ihre Lebenslage so gut als möglich zu gestalten suchten. Wenn der Fabrikant vom Wohltaten bestellt war, so hätte er bisher reichlich genug Gelegenheit dazu gehabt. Statt dessen werden nunmehr die alten Arbeiter entlassen, können hungrig und frieren, weil sie möglicherweise auf lange Zeit keinen Verdienst mehr haben. Dem Fabrikanten

aber wird im neuen Orte ob seiner „Wohltaten“ gehuldigt. Ist die eine Handlung nun Wohltat, die Lob und Ehre verdient, und wird sie persönlich aufgefasst, so muss es auch die andere werden, die dann dem Fabrikanten als furchtbare Notheit angesehen werden, die aber auch ebenfalls die entsprechende Verachtung nach sich ziehen müsste. Die Handlungen des Unternehmers heben sich also gegenseitig auf, so dass von Wohltaten gar nicht die Rede sein kann. Es bleibt nur der kapitalistische Beweggrund übrig. Wie man da zu einer Dankbarkeit oder auch nur Anerkennung gegenüber dem Kapitalisten kommen kann, ist nicht zu verstehen, zumal der Fabrikant, wenn ihm demnächst anderswo ein größerer Profit läuft, es mit dem Orte seiner gefeierten Wohltaten ebenso macht, wie er es vorher schon so oft gemacht hat: er lässt eben seine Braven und Freuen im Stich. Können wir in der Zigarettenindustrie nicht ein trauriges Bild davon singen?

Na, und wie sieht es denn sonst noch mit den Wohltaten aus? Es ist zuzugeben, dass die Tabakindustrie in manchen Orten und Gegenden zunächst eine Vermehrung des Familieneinkommens bedeutete, namentlich dann, wenn es sich um rein ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen handelt. Es ist deshalb auch erklärlich, dass in den ärmsten Gegenden die Leute zugreifen, wenn sich ein Zigarrenfabrikant dort niederlassen will. Wir wollen gewiss nicht einer niedrigen Lebenshaltung das Wort reden, aber abgesehen von dem geringen Mehrverdienst, den die Tabakindustrie für den Augenblick in den ärmsten Gegenden den Arbeitern bringen mag, bringt sie der Bevölkerung durchaus keine Wohltaten. Da brauchen wir nur an die Fabrikation selbst zu denken. Ist doch die Tabakindustrie unbestritten einer der gesundheitsschädlichsten Berufe; die Erkrankungsorgane sind ständiger Gefahr ausgesetzt; das starke Sizieren bei der intensiven Arbeitsweise wirkt namentlich auf die Gesundheit der Frauen außerordentlich ungünstig ein. Man vergegenwärtige sich die Wirkung, wenn Personen, die bisher vielleicht in der Landwirtschaft tätig waren, nunmehr in der Zigarrenfabrik arbeiten sollen, oder gar zu Hause Zigaretten herstellen! Muss da nicht die Gesundheit leiden? Ist das nicht Ursache zur Degeneration? Denn so groß ist das vielleicht gestiegerte Einkommen nicht, dass dem Körper die vorhengende Pflege zuteil werden kann. Und der „wohltätige“ Kapitalismus nimmt wahrhaftig keine Rücksicht und verlangt auch von diesen seinen neuen Arbeitern und Arbeiterinnen an Anspannung und Herzgabe der Kräfte, was irgend möglich ist. Und er wird auch die Löhne herabzusetzen versuchen, wenn es angeht und kein gewerkschaftlicher Kampf entgegen gesetzt werden kann.

Der Kapitalismus in der Tabakindustrie braucht vor allem die Frauenarbeit. Also besteht die „Wohltat“ einer Ausdehnung der Industrie auch darin, dass die Frauen der Familie und dem Hause entzogen werden, dass sie sich nur noch in ungenügendem Maße der Erziehung der Kinder widmen können, deren leibliches und geistiges Wohl doch die Zukunft des Volles bedeutet. Oder, was noch schlimmer ist, die Hausarbeit, wie sie in der Tabakindustrie leider noch an Umfang und Gefährlichkeit zunimmt, verkümmert das Dasein dieser Menschen. Das ist alles „Segen“, alles „Wohltat“!

Es ist der kapitalistische Zug unserer Zeit, der keine Rücksicht nimmt, der aber in der Tabakindustrie noch zu besonderen Erscheinungen, und künftig noch mehr als jetzt, führt, weil ein ungeheurer Steuerdruck dazu treibt. Nicht der Wille der Personen, sondern die Art der Wirtschaftsweise, der auch die Gesetzgebung untertan ist, es die den Gang der Produktion in ihren Einzelheiten leitet. Da gibt es weder Wohltaten noch Dankbarkeit, sondern Lohn- und Arbeitsleistung sind die Faktoren, um die es sich unter dieser Wirtschaftsweise dreht. Und wie der Fabrikant bestrebt, für möglichst niedrigen Lohn eine möglichst große Arbeitsleistung zu erzielen, so gibt es auch für uns Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nichts anderes, als durch unsern gewerkschaftlichen Zusammenschluss Lohn- und Arbeitsleistung in dem für uns günstigsten Sinne zu beeinflussen. Mit dem Glorienschein der Unternehmer „wohltaten“ ist es nichts.

Die Tabakarbeiter Österreichs.

An den beiden Östertagen hielt die „Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter Österreichs“ ihre 5. Hauptversammlung (Verbandstag) in Wien ab. Die Versammlung tagte im Verbandsraum der Buchdrucker und erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Außerordentlich stark waren die Tabakarbeiterinnen vertreten. Als Gäste waren anwesend der Kollege Deichmann, Bremann in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der Tabakarbeiterorganisationen, die Genossin Popp für das Frauenreichsomitee, Genosse Gödel für den Club der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, die Genossin Bösch und Genosse Grünwald für die Reichsgewerkschaftskommission und den Genosse Tayer für die tschecho-slawische Gewerkschaftskommission. Nach den üblichen Begrüßungsreden der Gäste, die alle mit dem Wunsche ausdrückten, dass den Tabakarbeitern die geschlossene Organisation erhalten bleiben und weitere Fortschritte machen möge, erstattete der Obmann der Gewerkschaft der Tabakarbeiter Österreichs, Genosse Pattermann, den Vorstandsbericht. Aus der schriftlichen und mündlichen Berichterstattung geht hervor, dass in den 55 Tabakmonopolfabriken Österreichs im Jahre 1912 beschäftigt wurden:

	Bahl der Beschäftigten	Davon organisiert
Zigarettenherstellung	23 363	4685
Zigarettenherstellung	6 009	1403
Snufftabakerzeugung	4 199	1103
Snufftabakerzeugung	176	24
Schnupftabakerzeugung	116	29
Kartonerzeugung	462	130
Anderer Betriebungen	6 351	1397
	Insgeamt	8771

Die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist gering und beträgt:

	männl.	weißl.	zus.
Beschäftigte Arbeiter	5774	33 902	39 676
Hiervon organisiert	1624	7 137	8 771
Organisiert in Prozenten	28,30	21,05	22,11

Von den 8771 Mitgliedern gehören 5390 der deutschen, 2091 der tschechischen, 708 der polnischen, 240 der slowenischen, 238 der ruthenischen und 106 der italienischen Nationalität an. Die Organisation, die im Jahre 1904 gegründet wurde, hat in den letzten zwei Jahren nur geringe Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 8643 im Jahre 1910 auf 8771 im Berichtsjahr. Die Ursachen dieser geringen Entwicklung sind zu suchen in dem Rückgang der beschäftigten Arbeiter und in dem Umstande, dass eine Reihe bewährter Vertrauenspersonen in Pension ging. Außer dieser Organisation besteht noch eine Organisation der sogenannten christlich-sozialen Richtung, die an Zersplitterungsmöglichkeit das Menschentum leistet; über die Stärke dieser Organisation liegen nur unzuverlässige Daten vor.

Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht des tagenden Verbandes beträgt die Beitragsgebühr 40 Heller und die Beiträge 26 Heller, 30 Heller, 40 Heller und 50 Heller pro Woche. Die Einnahme beträgt im Jahre 1912:

Beitragsgebühr	530,80	Kronen
Wochenbeiträge	139 942,36	"
Sonstige Einnahmen	2 614,48	"
Kassenbestand 1911	63 359,64	"
Summa	206 447,28	Kronen

Dieser Einnahme steht eine Ausgabe gegenüber:

Fachblätter	17 605,78	Kronen
Widerstandsfonds	10 578,50	"
Wehrschutzunterstützung	967,66	"
Waffenübungunterstützung	665,40	"
Krankenunterstützung	61 645,40	"
Sterbeunterstützung	1 394,30	"
Andere Unterstützungen	96,92	"
Agitation	3 346,63	"
Beiträge an die Zahlstellen	18 647,58	"
Beiträge:		
Reichsgewerkschaftskommission	3 878,15	"
Tschecho-slawische Gewerksch.-Kom.	578,27	"
Delegationen	1 220,32	"
Andere Ausgaben	570,54	"
Bestand am 1. Januar 1912	71 922,33	"
Summa	193 117,78	Kronen
Verwaltung	13 329,50	"
Summa	206 447,28	Kronen

Der angesammelte Widerstandsfonds beträgt 27 372,34 Kronen. Zu hervorragender Weise hat der Verband auf die Gestaltung des Lohnschemas eingewirkt und erreicht, dass den Tabakarbeiterinnen, die entbunden haben, der zweitwöchige Urlaub gesichert wurde. Ebenso war die Tätigkeit von Erfolg gekrönt, dass den vor dem Jahre 1902 aus den Monopolfabriken Ausschiedenen die Pension (Gnadengeld) gezahlt wird. Außerdem macht die Benützung der eingerichteten Säuglingsheime erste Fortschritte. Nach kurzer Debatte wurde dem Vorstand ein einstimmig Decharge erteilt. Von Wichtigkeit war ein Antrag der Ortsgruppe Göding, der den Anstoss aus der Reichsgewerkschaftskommission und den Anschluss an die Prager Kommission (Tschecho-slawische Gewerkschaftskommission) verlangte. Die Debatte war eine rege und endete mit der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution:

„Die Hauptversammlung erklärt, dass die einzige mögliche Organisationsform für die Tabakarbeiterchaft Österreichs die bestehende zentrale Organisation ist, deren Bestand nur möglich ist, wenn den berechtigten nationalen Forderungen der Mitglieder entsprochen wird. Insbesondere ist es das Recht der Mitglieder der tschechischen Nation, sich unbeeinflusst zu ihrer politischen Partei zu bekennen.“

Die Hauptversammlung beantragt den Zentralvorstand, in der nächsten Sitzung den Antrag der Ortsgruppe Göding betreffs Beitritt zur tschecho-slawischen Gewerkschaftskommission in einer Form zu erledigen, welche die Einheit der Organisation der Tabakarbeiter sichert.

Nach dem recht instruktiven Referat des Genossen Pattermann über „Organisation und Agitation“ referierte der Genosse Pattermann über „Die Lohn- und Arbeiterverhältnisse“. Hierauf beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 51 Stunden bei einem freien Sonnabendnachmittag und der jährliche Durchschnittsverdienst 750 Kronen. Ebenso wie die Löhe lassen auch die hygienischen Einrichtungen der österreichischen Tabakfabriken noch manches zu wünschen übrig. Nach einer eingehenden Debatte, die im wesentlichen einer Berichterstattung glich, wurden folgende hygienische Forderungen einstimmig gutgeheissen und beschlossen, für die Anerkennung zu wünschen:

„Eigene Arbeitshilfen für alle Belegschaften.“

Vorstenlanden-Sandblatt = Decken

aus der Einschreibung vom 18. März d. J.

No. 1870.	Vollblatt 1. Länge, hellmatt, zart und deckfähig wie Sumatra, prachtvolle Farben	M. 5.80
No. 1871.	Vollblatt 2. Länge, hellmatt, zart wie Sumatra, wunderschöne Farben	5.20
No. 1872.	Vollblatt 1. Länge, mattlack, deckfähig, hochfeine Farben	5.-
No. 1873.	Vollblatt 2. Länge, hellmatt, edel	5.80
No. 1874.	Vollblatt 2. Länge, graumatt und vielfach dunkelmatt, hochelegante Farben	8.80
No. 1875.	Vollblatt 2. Länge, manogram, zart, ausserordentlich schön	8.50

Diese Vorstenland-Sandblätter brennen schneeweiß!

In der Einschreibung vom 19. März kaufte ich die geschlossene Partie

445 Ballen Loros/AB

Bezoeki-Aufarbeiter von feinster Qualität, ganz leicht auf der Hand, blattig, tadeloser Brand. Preislage verzollt von M. 1.25 ab bis M. 1.40. Transitpreise für ganze Ballen von 50 % ab.

Einzelofferte erfolgt in der nächsten Nummer dieser Zeitung.

Decken Sie
jetzt Ihren
Bedarf!

Gegründet 1870

Heinrich Franck

Berlin N. 54
zu Brunnen-
Strasse 22

Postcheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

um baldige Bemusterungsaufträge,
da die Auswahl in fahlen Sand-
blättern in der neuen Ernte nur klein
ist und besonders Vollblätter zweiter
Länge sehr schwer zu beschaffen sind.

Ich bitte

No. 1860.	Vollblatt 1. Länge, weissgraufahl, reinfarbig, das denkbar schönste in jeder Beziehung	M. 24.-
No. 1861.	Vollblatt 2. Länge, weissgraufahl, wunderschön ..	16.-
No. 1862.	Vollblatt 2. Länge, hellgraufahl, wunderschön ..	12.-
No. 1863.	Vollblatt 2. Länge, grauweiß, hochfein, edel ..	7.-
No. 1864.	Vollblatt 2. Länge, hellheit hell, wie matt ..	5.80
No. 1865.	Vollblatt 1. Länge, weissfahl, edel, prachtvoll ..	18.-
No. 1866.	Vollblatt 2. Länge, hellmatt, edel, hochfein ..	10.-
No. 1867.	Vollblatt 2. Länge, matt, reinfarbig, elegant ..	9.50
No. 1868.	Vollblatt 2. Länge, matt, reinfarbig, elegant ..	8.-
No. 1869.	Vollblatt 2. Länge, Borneo-Sandblatt, hellmatt ..	7.50

Diese Sandblätter brennen schneeweiß!

J.H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3846

empfiehlt in bestimmter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, hellmatt, 165, 200, 220, 240, 260, 280, 275, 260, 300, 320, 340, 420, 450, 500 4.

Sumatra-Umbiatt, hellmatt, 165, 180 4.

Java-Decker, buntes 220 4, hell, 260, 300, 320 4.

Java-Umbiatt, 140, 155, 160, 165 4.

Java-Einlagen, 95 4, mit Umbi.

Brasil-Decker, 175, 200, 210 4, 260, 300, 320 4.

Vorstenland-Decker, 260, 275, 300, 320 4.

Brasil-Decker, 175, 200, 210 4, hell, 260, 300, 320 4.

Java-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Java-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 195, 180, 140, 160, 180 4.

Brasil-Einlagen u. Umbi, leicht getrocknet, 1

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pfg. für die 6 gefaltete Zeitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 14

Sonnabend, den 6. April

1913

Heeresvermehrung und Kostendeckung.

Blutigeren Hohn auf die „Reichsfinanzreform“ im Jahre 1909 kann es nicht geben, als den Spottstiel, der gegenwärtig über die Deckung der Kosten für die neue Heeresvermehrung gemacht wird. Die Neuanschaffungen und Neuerichtungen für die ca. 150 000 Mann, die mehr ins Heer eingestellt werden sollen, kosten ca. 1000 Millionen Mark. Diese Summe soll durch eine einmalige Vermögenssteuer ausgebracht werden. Die Regierung will die Steuer durch einen gleichen Prozentsatz für große und kleine Vermögen beschaffen, d. h. die großen Vermögen sollen wie gewöhnlich geschont werden.

Zu dem gleichen Zwecke, zur Schonung der Besitzenden, rätscht man, wie die fortlaufenden Ausgaben für die Heeresvermehrung, die ca. 250 Millionen Mark jährlich erheischen, aufgebracht werden können. Die Erbschaftssteuer wird vom schwarz-blauen Block bekämpft, der zwar im Reichstag in der Minderheit ist, dessen Wünsche aber dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg Befehle sind. Darum wagt die Regierung nicht, eine Erbschaftssteuervorlage vor den Reichstag zu bringen.

Der Reichsirtschaftssekretär Schünemann, der seinerzeit unter seinem Vorgänger so rasch mit der Ausarbeitung einer Tabaksteuervorlage fertig war, rät jetzt hin und her, welche Steuervorlage er dem Reichstag präsentieren soll. Dabei richtet er sich natürlich auch nach den Wünschen des schwarz-blauen Blocks, an den anzugliedern jetzt Be schwächungsversuche bei den Nationalliberalen angestellt werden. Schwer wird den Nationalliberalen der Umsatz nicht werden, die ja seit den letzten Reichstagswahlen schon mehrfach gemeinsame Sache mit den Schwarz-Blauen gemacht haben.

Welches Steuerprojekt dabei den Vorzug dieser Eidechschen erhalten wird, ist noch nicht abzusehen. Es wirkt in der reaktionären Presse allerhand Pläne auf, von denen die meisten wieder auf eine Ausplunderung der arbeitenden Klassen hinauslaufen. Wogegen einige Blätter doch sogar, die 1909 schon einmal von Zentrum abgeordneten vorgeschlagene Kohlensteuer wieder anzuzeigen.

Nicht nur das, auch Monopolpläne tauchen unter allen Projekten wieder auf. So soll man bereits erwogen haben, ob einem Monopol auf Zündhölzern oder Spiritus nicht ein Bigattenmonopol vorzuziehen sei. Die Brandabschaltung der breiten Massen wird also bereits lebhaft in Rechnung gestellt, wenn auch erklärlicherweise gerade diese Art der Steuersucht sehr geheim gehalten wird. Die Tabakindustrie hat alle Ursache, gegenüber den Monopolabsichten auf dem Posten zu sein.

Zwischen mögliche man zur Täuschung des Volkes das Gesicht währen, d. h. so tun, als ob diesmal die Besitzenden zur Aufbringung der Steuer herangezogen würden. Deshalb geht das Rätselraten weiter, wie man das Volk bestimmen kann — nur darum handelt es sich.

Dass die Arbeiter wieder bluten sollen, ist das heimliche oder offene Verlangen aller Kapitalistentreize, seien es Finanz- oder Industrielle. Einen Beleg dafür gibt der unveröffentlichte aller bisherigen Vorschläge. Er bezieht sich auf die einmalige Vermögenssteuer und geht von den „Hamburger Nachrichten“ aus. Danach soll das Vermögen der sozialdemokratischen Partei und das der Gewerkschaften zu dieser Steuer herangezogen werden. Andere Verbände, wie z. B. der Hansabund soll man frei lassen, weil sie „ihre Opferwilligkeit für den großen nationalen Zweck freiwillig befunden“ würden.

Wir würden sagen, bei dem Blatte sei eine Schraube los, wenn es nicht in seinem Vorschlag der bisherigen Erfüllungsfähigkeit sich verschlöße, alles auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Dazu kommt freilich der Haß jenes scharfmauerischen Preßgängers gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Auch spricht der Reich aus dem Vorschlag darüber, dass die Opferwilligkeit der Arbeiter die sozialdemokratische Partei instand setzt, die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes gegen die herrschenden Klassen zur Hand zu haben.

Die Gewerkschaften denkt das Blatt durch die Besteuerung ebenfalls finanziell zu schwächen und damit die Kämpfe der Arbeiter für die Besserung ihrer Lage einzudringen. Was die Arbeiter zu diesem Zweck unter Entnahmen aufzubringen, will das Blatt auch noch bestimmen. Die Kapitalistenfreude von der Feder sind doch wahre Gemütsärmchen. Wie wäre, wenn sie einfach die Konfiskation solcher Arbeiterschaftslands empfohlen würden? Das entspräche doch ehrlicherlich erst ihrer innersten Neigung. Aber gemacht! Der schwarz-blau Block wird schon in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen und der Regierung ein Steuerpläne ausscheiden, das in anderer Form den

freundlichen Absichten jenes Blattes der Ausbeuter und Schärfmacher entspricht.

Denn, dass man die Arbeiter bei der neuen Steuerabschöpfung anlassen wolle, diesen Schwindel verhinderten wohl vor Wochen einzelne Blätter, inzwischen ist er aber völlig verstummt, und alle Genies im Reichsschatzamt quälen sich, ob um die Entdeckung oder Erfüllung eines überschlagenen Plans, mit dem man die Arbeiter über das Ohr hauen und dabei ausplaudern kann, ohne dass sie es merken.

Ja, wenn die Arbeiter durch die ewige Schinderei nicht schon zu pfiffig geworden wären! Aber sie kommen jetzt schon zu leicht hinter alle Schläge, es braucht gar nicht so tollpatschig auf sie losgefahren zu werden, wie die „Hamburger Nachrichten“ und andere Wegelagerer es tun.

An dem bisherigen System, dass die arbeitenden Klassen die Mannschaften für das stehende Heer liefern müssen, dann aber auch zur Tragung der Kosten für dieses Heer verurteilt werden, wird solange festgehalten, als es sich eben die arbeitenden Klassen gesessen lassen. Wie lange das noch dauern wird, hängt von der Einsicht der Arbeiter selbst ab.

Ausbeutung der Tabakarbeiterinnen durch Überarbeit.

Die Tabakindustrie weist die niedrigsten Löhne auf. Diese traurige Tatsache ist natürlich der in der kapitalistischen Produktionsmethode allgemein grässerenden, zunehmenden Profitsucht zuzuschreiben. Mit Raffinertheit macht sie sich alle Eigenheiten der Tabakindustrie zunutze. Ob dabei die Arbeiterin die Opfer sind, das tut der Gewinn such keinen Abbruch.

Männer- und Frauenarbeit wurden in der Tabakindustrie immer stärker in Anspruch genommen, bis gesetzliche Bestimmungen der schamlosen Ausbeutung eine engere Grenze ziehen. Besonders ist damit die Ausbeutung der weiblichen und der Kinderarbeit nicht, sonst müsste es überhaupt besser um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie stehen.

Die leichte Herauszierung weiblicher Arbeitskräfte zur Tabakindustrie, resp. zur Zigarrenfabrikation, ermöglichte den Unternehmern den Druck auf die Löhne. Weibliche Arbeitskraft wurde billiger bezahlt, obgleich Arbeiterinnen dieselbe Ware herstellen mussten, wie männliche Arbeiter. Dieser ganz ungerechtfertigte Lohnunterschied wurde mit der Zeit zwar mehr und mehr ausgesetzt, aber nicht zugunsten der Arbeiter, denn der niedrige weibliche Lohn wurde meist zur Grundlage des Lohnes für alle.

Nach sich jedoch diese Niedrighaltung, wichtiger Herabdrückung, des Lohnes an einem Orte nicht durchführbar, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen sich dagegen wehrten, dann wanderten die Unternehmer mit ihren Fabriken in ländliche, von der Industrie nicht berührte Gegenden, wo die weibliche Arbeitskraft noch billiger zu haben war, und ließen es sich nicht verdrecken, diese billigen Arbeiterinnen zur Zigarrenmacherei auszunehmen zu lassen. Dieser Vorgang wiederholt sich seitigen Tages noch, wenngleich das Gebiet der industriearmen Gegenden immer mehr begrenzt wird. Kurz, wie die Kinderarbeit wird auch die weibliche Arbeit zur Herabdrückung der Löhne missbraucht.

Allein, die Ausbeutung der Arbeiter vollzieht sich in den verschiedensten Formen. Eine der rücksichtlosesten Formen der Ausbeutung ist die Überarbeit. Es kommt die Ausbeuter, dass die Arbeitszeit für Arbeiterinnen gesetzlich begrenzt ist. Denn in vielen Fällen kann die männliche Arbeit über diese Grenze hinaus auch nicht beschäftigt werden, obwohl das gerade in der Zigarrenindustrie noch viel vorkommt. Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene, also auch für männliche Personen, wendet sich das Unternehmertum überhaupt mit aller Schärfe. Es weiß nur zu gut, dass lange Arbeitszeit ein Mittel ist, die Löhne niedrig und den Profit hoch zu halten. Daher haben sie allen geschickten Versuchungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen durch ihre Sachwalter im Reichstage und in der Regierung einzuhören, dass sie in mannen mangeln an die Seite seien lassen, die ihnen die Möglichkeit der bisher betriebenen Ausbeutung auch weiter sichern sollen. Und sie wissen diese Ausnahmebestimmungen raffiniert wahrzunehmen.

Unverstehen verlangen die Herren Fabrikanten in jenen Bezirken, wo sehr viel weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, behördliche Erlaubnis, die die Tabakarbeiterinnen über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit hinaus beschäftigen zu dürfen. Diese Überarbeit ist in manchen Orten geradezu zur Gewohnheit geworden, obgleich kein Ratstand vorliegt, der das rechtfertigt. Die Erlaubnis wird gegeben, denn lassen verträgt sie eine Be-

höde — herrschen doch die Kapitalisten in der Gemeinde.

Wir unterlassen es, hier Einzelfälle anzuführen oder die Berechtigung der Gründe zu untersuchen, die für die Zugabe der Erlaubnis geltend gemacht wurden. Die Ausnahmebestimmungen der Gewerbeordnung, nach denen Überarbeit gestattet werden kann, sind überhaupt für die Zigarrenfabrikation völlig ungerechtfertigt; sie dienen nur der Bereicherung der Unternehmer. Die schnelle Ausbeutung einer großen Bestellung rechtfertigt nicht die schwerere Ausbeutung der Arbeiter, denn diese haben keinen Vorteil davon. Im Gegenteil, durch die längere Arbeitszeit wird ihre Lebenskraft, ihre Gesundheit geschwächt. Höherer Lohn wird für Überarbeit in der Zigarrenindustrie nicht gezahlt, den Arbeiterinnen erst recht nicht. Lange Arbeitszeit läuft auch die Intensität der Arbeit; wird aber durch längere Arbeitszeit wirklich etwas mehr als sonst verdient, dann prahlen die Unternehmer mit den angeblich hohen Löhnen, und suchen mit Hinweis darauf die Löhne zu drücken.

Das ist im allgemeinen die schädliche Wirkung der Überarbeit: Druck und Gesundheits schädigung. Darum müssen alle Arbeiter, denen die Zumutung von Überarbeit gemacht wird, in der Erkenntnis des Schadens, den sie davon haben, sich verständigen, und geschlossen die Zumutung ablehnen. Zu den genannten beiden Hauptübeln der Überarbeit kommt noch ein weiteres hinzu. Das ist die Vernehrung der Arbeitslosigkeit.

Muss der Unternehmer größere Aufträge ausführen, dann mag er mehr Arbeitskräfte einstellen und damit die Arbeitslosigkeit verringern helfen. Freilich, müssen die Unternehmer Nachfrage nach Arbeitern anstellen, dann werden die begehrten Arbeiter auf Zahlung anständiger Löhne gehen. Nachfrage nach Arbeitern erleichtert also das Streben nach höheren Löhnen. Arbeitslosigkeit, resp. Angebot von Arbeitskräften dagegen erleichtert den Lohndruck. Überarbeit jedoch schwächt die Nachfrage nach Arbeitern, fördert vielmehr die Arbeitslosigkeit, ist also auch aus dem Grunde von Ubel.

Nach allem, was in jüngster Zeit bekannt geworden ist, ist das Verlangen der Unternehmer nach Überarbeit stärker geworden, und die Behörden haben in manchen Bezirken sich nur zu leicht bereit finden lassen, die Erlaubnis zur Überarbeit zu gewähren. Diesem für die Arbeiter schädlichen Missstand zu steuern, müssen die betroffenen Arbeiter den Weg der Offenlichkeit betreten und die Manipulationen der in Frage kommenden Unternehmer in unserer Presse besprechen. Man mag uns nur melden, wo und aus welchen Gründen Überarbeit gemacht wird, wir werden nicht versehnen, die Fälle gründlich zu untersuchen, um Wandel zu schaffen.

Es ist eine Schande für das Unternehmertum einer Industrie, in der die niedrigsten Löhne gezahlt werden, dass die Lage der Arbeiter durch solche Manipulationen noch verschlechtert wird. Und das Organ des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes hat noch den Mut, dieser unfaulen Art der Ausbeutung das Wort zu reden und zu verlangen, dass von den Behörden weniger Schwierigkeiten in der Erteilung der Erlaubnis einer verlängerten Arbeitszeit gemacht werden. Diese Stellung des Fabrikantenblattes bestätigt allein schon, dass systematisch auf die Praktizierung dieser Arbeiterschinderei hingewirkt wird. Dem muss ein Niegel vorgeschnitten werden!

Rundschau.

Die Anwendung des § 153 gegen Gewerkschaftsangehörige macht in Sachsen unheimliche Fortschritte. Schon liegen wieder zwei Verurteilungen vor. In Chemnitz wurde der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, Schönherz, wegen Bedrohung Arbeitwilliger zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Zu dem einen Arbeitwilligen soll er gesagt haben: „Was deine Kollegen erringen haben, willst du über den Haufen schleben?“ und zu dem andern: „Du willst dich in das Bett legen, das andere gemacht haben!“ Die Urteilsbegründung erkennt ausdrücklich, dass die „Drohungen“ zwar sehr mild seien, aber die Arbeitwilligen müssten geschützt werden. Der Geschäftsführer Albert Wolster vom Verband der Brauerei- und Mälzenerbeiter wurde vom Schöffengericht in Königstein zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt, und zwar wegen Bedrohung nach § 153 der Reichsgewerbeordnung, weil er in wiederholten Fällen im Gewebe der Sachsenischen Schmied & Lugblätter vertritt und diese auch verantwortlich gezeichnet hat, in denen zum Beispiel einer Mühle in Hütten aufgefordert wurde. Es wird immer schöner. Wegen einer nach der Praktizierung des Arbeiterschinderei an sich erlaubten Anwendung eines wirtschaftlichen Kampfmittels werden die Berater

her Arbeiter bestraft und die Unternehmer gehen bei massenhaften Vergehen gegen Strafgesetz, bürgerliches Recht und Gewerbeordnung frei aus. Das nennt man dann auch noch Gerechtigkeit im heutigen Klassenstaat!

Bürgerliche Sozialpolitik. Die Rücksichtnahme der bürgerlichen Gemeindevertreter der Stadt Augsburg in sozialpolitischen Dingen zeigte sich bei der Veratung des Gemeindehaushaltplanes im Stadtmagistrat wieder. Abgelehnt wurde der Antrag der Sozialdemokraten, 15 000 Mark zur Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung einzustellen, da dieses Aufgabe des Reiches sei. Abgelehnt wurde auch ein anderer sozialdemokratischer Antrag, durch den die Löhne aller städtischen Arbeiter und Bediensteten mit einem Einkommen unter 2000 M um 20 % täglich gesteigert werden sollten. Die Ablehnung erfolgte mit Rücksicht auf die Privatindustrie, obwohl diese noch höhere Löhne zahlt als die hier geschilderten. Schließlich ließ sich die bürgerliche Mehrheit herbei, den Arbeitern und Bediensteten mit einem Einkommen unter 1200 M eine Lohn erhöhung von täglich — 10 % zu gewähren.

Husaren als Streitbrecher. Zu welchen Zwecken unser Militär dient, zeigt der erste Streittag der Transportarbeiter in Stolp in Pommern. Einer der bestreikten Spediteure, Stadtverordneter Emil Freundlich, wandte sich an das Regimentskommando des dortigen Husarenregiments Nr. 5 um Hilfe. Prompt wurde sein Wunsch erfüllt. Zum Staunen der dortigen Einwohner sieht man, wie Husaren im Schweiße ihres Angesichts sich abmühen, Streitbrecherdienste zu leisten. Angesichts der kommenden Militärvorlage ist es zu begrüßen, daß den Bürgern gezeigt wird, wozu das Militär nötig ist. Natürlich ist sofort dem Generalkommando Mitteilung gemacht worden.

Kinderarbeit in der Landwirtschaft. Das Kinderschutzgesetz hat der gewerblichen Ausnutzung der Kinder einige Schranken gesetzt, und wenn es da auch noch manches zu verbessern gibt, so ist doch ein Anfang gemacht, und bei energischer Anwendung der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen lässt sich manches Unheil verhüten. Die Agrarier haben es leider verstanden, die Ausdehnung dieses Kinderschutzes auf landwirtschaftliche Betriebe zu verhindern.immer mehr zeigt sich aber, wie gerade in der Landwirtschaft die Ausbeutung der Kinderarbeit einen Grad erreicht hat, der eine wirklich sozial gesinnte Regierung zu schleunigen Taten drängen würde. Bezeichnende Beispiele von dem, was auf den Gutshöfen möglich ist, bietet der Bericht des Schularztes im Fürstenlande Lippe über seine Erfahrungen in den sogenannten Hirten Schulen. Diese spezielle Schuleinrichtung besteht hier und da noch und hat den Zweck, den Landwirten eine Ausnutzung der Kinder in der Viehwirtschaft zu ermöglichen. Da heißt es u. a.:

„In einer Schule wurden folgende Angaben gemacht:
Ein zehnjähriger Junge hatte dieses Frühjahr dreimal
Nächte hintereinander im Schweinstall
wachen müssen und nur eine Stunde Schlaf gehabt.
In derselben Schule hat ein anderer Knabe voriges Jahr
und dieses Jahr zweimal mehrere Wochen lang eine um
die ander Nacht im Schweinstalle aufpassen
müssen. Beide Knaben haben dann mit Erlaubnis des
Lehrers in der Schule geschlafen. Von einer
anderen Schule heißt es: Viele Kinder sind bei den Bauern
untergebracht und dort übermäßig in Anstrengungen ausgesetzt, sie haben keine Zeit zu Schul-
arbeiten, müssen früh heraus und spät zu Bett und sind
daher schlaflos. Einem anderen Knaben hat ein Lehrer
Geld zu Seife gegeben, da er sich ständig hat im Teiche
wachsen müssen. Ein anderer Lehrer derselben Schule
erklärte, er habe stets für derlei Kinder Seife bereitliegen.
In einer anderen Schule wurde infolge der Land-
wirtschaftlichen Arbeiten geradezu über Ab-
nahmeder Intelligenz bei den älteren Knaben
geschlagen. Die Kinder müssen, sobald sie aus dem Nachmit-
tagsunterricht heraus sind, tagtäglich mit der Hufe auf den
benachbarten Gütern bis zum Sonnenunter-
gang arbeiten.“

Bei einer derartigen intensiven Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft ist allerdings die Abnahme der Intelligenz kein Wunder, aber was kümmert das die Agrarier! Intelligente Arbeiter sind ihnen im Grunde verhasst — der dummste Arbeiter ist ihnen der liebste.

Ein nützliches Element. Der vielfach vorbestrafte Schlosser Gustav Ziegler war während des Streiks in der Lüdersschen Waggonfabrik in Görlitz als Streikbrecher beschäftigt. Seine „nützliche“ Tätigkeit übte er nicht nur in der Fabrik, sondern auch bei seiner Logiswirtin aus, der er ein Sparfassenbuch und einen Trauring stahl und ihr außerdem das Logisgeld schuldig blieb. Wegen Diebstahls und Urkundenfälschung angeklagt, verurteilte ihn die Strafkammer in Görlitz zu 2 Jahren 3 Monaten Justizhaus, 5 Jahren Echtverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Wegen der Gemeingesährlichkeit des Angeklagten — bemerkte der Vorsitzende — habe das Gericht auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Sozialdemokratische Bildungsarbeit. Die „Köln. Volkszeitung“, das bekannte Zentrumsorgan, läßt sich in der Polemik mit der Oppenдорff-Gruppe ein werbvolles Geständnis entlocken. Eines der Blätter (den Namen nennt die „Köln. Volkszeitg.“ nicht) jener Gruppe hätte bemängelt, daß die Kölner katholischen Arbeitervereine gemeinsam mit den „interkonfessionellen“ Gewerkschaften Volksbildungsnachteile veranstalteten. Darauf schreibt die „Köln. Volkszeitg.“ in ihrer Nummer 242 vom 20. März:

„Der Schreiber dieser Sätze hat gar keine Ahnung davon, daß es sich hier um eine Veranstaltung handelt, den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die ihrerseits die allgemeine Bildung der Arbeitereifrig fördert, ein Gegen gewicht zu bieten und für die katholischen und die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf diesem Gebiete etwas Aehnliches zu leisten.“

tischen Bildungsbemühungen rühmliche Anerkennung auf
gegnerischer Feder, zugleich aber das unverblümte Ein-
stehen, daß die Klerikalen nicht deshalb in Volksbildung
(sie ist allerdings danach!) machen, weil sie diese fördern
wollen, sondern daß unsere Bildungsarbeit sie dazu ge-
zwungen hat.

Schmuggellebungen für die nationale Jugend. Die nationale Jugendpflege begnügt sich nicht mehr damit, die Jugend zur Soldatenpielerei zu erziehen, man geht auch dazu über, der Jugend noch anderes beizubringen. In Erzgebirge ist ein sinniger Kopf auf den Gedanken gekommen, den Jungen ein Geländespiel „Pascher und Grenzjäger“ beizubringen. Die bürgerliche Presse teilt mit, es sei sehr interessant gewesen. In Wirklichkeit ist dieses „Spiel“ sehr gefährlich. Man muß bedenken, daß das Erzgebirge sehr nahe an der Grenze liegt, und daß infolge der Zustände im Innern des Reiches die Versuchung zum Paschen ohnedies sehr groß ist. Jetzt wird nun diesen jungen Leuten systematisch beigebracht, wie sie auf Schlechtwegen Gegenstände vom Auslande ins Land transportieren. Vielleicht bequemt man sich dazu, daran einen theoretischen Unterricht zu knipsen, was zur Absperrung der Grenzen geführt und die Tätigkeit des Paschens hervorgebracht hat. Aber der Fall liegt sehr nahe, daß die praktischeren Liebungen eines Tages auch anderweitig erprobt werden. Beispiele auf anderen Gebieten liegen zur Genüge vor. Der Dienst der Grenzbeamten, der ohnehin nicht leicht ist, wird dadurch erschwert, und wenn es in Zukunft zwischen Grenzern und Paschern vielleicht gar zu blutigen Auseinandersetzungen kommt, so ist das der sachverständigen bürgerlichen Jugendpflege zu danken.

Die Reichen in Deutschland. Das von dem früheren Regierungsrat, jetzigen Rechtsanwalt Rudolf Martin herausgegebene Jahrbuch der Millionäre dürfte für die Veranlagung zu der einmaligen Vermögensabgabe von recht erheblichen Wert sein. Nach den neuesten Zusammenstellungen besitzen die reichsten Leute Deutschlands folgendes Vermögen:

Frau Bertha Krupp von Bohlen u. Halbach in Essen-Kuht	283 000 000
Fürst Henckel von Donnersmarck in Neu- bed, O.-S.	254 000 000
Generalkonsul Freiherr von Goldschmidt- Rothschild, Frankfurt a. M.	163 000 000
Herzog von Wüest, Slawentzitz, O.-S.	154 000 000
Kaiser Wilhelm II.	140 000 000

Die fünf größten Eintommen im Königreich Preußen gehörten im Jahre 1912 folgenden Personen:	M.
Kaiser Wilhelm II.	22 000 000
Frau Bertha Krupp von Bohlen u. Halbach	18 980 000
Fürst Hendell von Donnersmard	13 145 000
Herzog von Ujest	6 500 000
Geheimer Kommerzienrat Biese in Parchwalde bei Sing	6 430 000

Eine Streitentschädigungsgeellschaft. Von den zahlreichen Streitentschädigungsgeellschaften, die sich die Unternehmer als Ergänzung ihrer eigentlichen „Arbeitgeberverbände“ geschaffen haben, ist der „Deutsche Industrie- und Handelsverband“ eine der ältesten. Er wurde im April 1906, also kurz nachdem die Errichtung solcher Entschädigungs- oder Unterstützungsseinrichtungen von den Unternehmerverbänden in ihren Aufgabenkreis einbezogen wurde, gegründet. Zunächst als „Gesellschaft des Verbands sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“ vom Verband sächsischer Industrieller gegründet und auf Sachsen beschränkt, wuchs er sich in wenigen Jahren zu einer fast selbstständigen Organisation aus, änderte seinen Namen und dehnte seinen Wirkungskreis auf das ganze Reich aus. Seine Organisation ist örtlich und fachlich gegliedert, als Mitglieder gehören ihm Arbeitgeberverbände und einzelne Unternehmer an. Die Mitglieder müssen von je 1000 M Lohnsumme, die sie bezahlen, 50 S als Eintrittsgeld und 1 M als Jahresbeitrag bezahlen. Dieser Staffelung des Beitrages nach der Lohnsumme entspricht auch die Entschädigung bei einem Streit. Die bestreiten Unternehmer erhalten für jeden aussfallenden Arbeitstag bis zu 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes aller Arbeiter als Entschädigung. Die Entschädigung wird auf

arbeitet als Entschädigung. Die Entschädigung wird auch für solche Arbeiter bezahlt, die zwar am Streik nicht beteiligt, aber wegen Arbeitsmangels bei einem Streik entlassen werden. Jemand eine Verpflichtung zur Aussperzung erwächt den Mitgliedern aus ihrer Zugehörigkeit zum Industriegesetzverband nicht, jedoch wird jede „vom Verband gutgeheizene“ Aussperzung als Streik betrachtet, das heißt, es wird im gleichen Umfange Entschädigung dafür bezahlt. Der Industriegesetzverband hat sich stark entwidelt. Im Jahre 1906 zählte er 671 Mitglieder, die 32 368 Arbeiter beschäftigten; 1912 wurden 3650 Mitglieder gezählt, die 264 000 Arbeiter beschäftigten.

Die Verständigung der Bergarbeiterverbände. Die Bergarbeiter-Zeitung", das Organ des alten Verbannes, nimmt in ihrer letzten Nummer Stellung zu dem Artikel des "Bergknappen", in dem einem Verständigungsversuche der beiden Organisationen zur gemeinsamen Wahrnehmung der Bergarbeiterinteressen das Wort gegeben worden war. Die "Bergarbeiter-Zeitung" beschäftigt sich zunächst eingehend mit dem Teil des "Bergknappen"-Artikels, in dem die alberne Behauptung aufgestellt und zu beweisen versucht wird, daß der Bergarbeiterverband die Schuld an der ungenügenden Steigerung der Bergarbeiterlöhne trage. Nachdem die "Bergarbeiter-Zeitung" diese christliche Verleumdung, die ein recht merkwürdiges Kalendium zu der angeregten Verständigung darstellt, mit einer Fülle unwiderleglicher Tatsachen abgetan und den heuchlerischen Christlichen nachgewiesen, daß ihr Vertrag beim vorjährigen Streit schon lange vorher beschlossene Sache gewesen, sagt sie vom deut christlichen Verständigungsversuch:

„Von einer Annäherung an den Streitbruch-Gewerbeverein seitens der Verbandssleitung kann keine Rede sein.“

Mit Streitbrechern kann keine Gewerkschaft lehnerlos gemeinsame Sache machen und müssen die Christen sich erst vom Streitbruch reinigen, müssen sie erst die von ihnen angekündigte energische Lohnbewegung einleiten, ehe sie von Annäherungsversuchen schreiben dürfen. Die „Heze“ gegen den Streitbruch-Gewerbeverein besteht in einem fortgesetzten Abwehrkampfe, den die Verbandsleitung gegen erfundene Verleumdungen zu führen gezwungen ist . . . "

So sehen sie aus! Wieder stand einmal ein Schub:

So sehen sie aus! Wieder stand einmal ein „schußbedürftiges Element“ in Königsberg vor Gericht. Wegen versuchten Mordes hatte sich der „Arbeiter“ Otto Müller, der in der Union-Gießerei als Streilbrecher tätig gewesen ist, vor den Geschworenen zu verantworten. Er hatte versucht, auf offener Straße seine Braut zu ermorden, da diese sich von ihm abgewendet hatte. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß dieses „nützliche Element“ ein rohes und gewalttägliches Verhalten an den Tag gelegt hatte. Seine Braut hatte der Bursche, wie Zeugen aussagten, wiederholt mißhandelt. Er hat stets von ihr Geld haben wollen, und wenn er nichts erhielt, schlug er sie in der schändlichen Weise. Auch mit dem Messer und Revolver hat er sie wiederholt bedroht. Die Mißhandlungen wurden so arg, daß sich das Mädchen veranlaßt sah, der Polizei Anzeige zu erstatten. Natürlich wollte es auch von diesen Menschen nichts mehr wissen, was ihn noch mehr aufbrachte. Er lauerte dem Mädchen öfters an der Arbeitsstelle auf, und schließlich sah er den Entschluß, das Mädchen zu erschießen. Mit einem Revolver war er ausgestattet. Wie er vor Gericht erklärte, hatte er sich die Waffe angeschafft, um sich vor den Angriffen der Streikenden zu schützen. Dabei haben diese nicht einmal daran gedacht, an solches Gelächter irgendwie heranzutreten.

Eines Morgens lauerte der Streifbrecher seiner Braut auf. Als er sie traf, sprach er sie an, und als sie ihn zur Seite stieß, gab er auf das Mädchen einen Schuß ab. Dieses lief mit einer Wunde im Rücken in einen Bäckerladen. Der Streifbrecher eilte dem Mädchen nach und schoß wieder. Darauf versuchte die Angeschossene in den Hauseflur zu entkommen, doch auch hier setzte ihr der Kerl nach und gab nochmals einen Schuß auf sie ab, worauf sie zusammenbrach, während der Revolverheld die Flucht ergriff, aber bald festgenommen wurde. Das Mädchen ist auch jetzt noch nicht ganz hergestellt. Am Sonnabend hatte sich der Streifbrecher wegen versuchten Mordes vor den Geschworenen zu verantworten. Der Staatsanwalt erklärte, der Angeklagte sei zweifellos ein roher und gewalttätiger Mensch. Neuerst roh sei auch sein Verhalten gegen das Mädchen gewesen. Die Tat des Angeklagten sei als versuchter Mord zu betrachten. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der versuchten vorsätzlichen Tötung schuldig, verneinten die Lebhaftigkeit, versagten aber dem Angeklagten milde Umstände. Das Gericht erkannte auf acht Fächer Büchthaus; es erklärte, der Angeklagte habe eine siege, ruchlose Tat begangen.

Die Bedeutung der Gewerkschaftsmarke in den Vereinigten Staaten. Nach einer Zusammenstellung des „Label Department“ oder Abteilung für die Gewerkschaftsmarke im amerikanischen Arbeiterbund wurden in den letzten Jahren von den hierbei in Betracht kommenden Organisationen Gewerkschaftsmarken wie folgt verbraucht:

	1911	1912
Berband der Bauarbeiter	41 836 850	44 239 850
Drahtgeflechterbeiter	6 000	6 000
Fenstereker	20 000	22 000
Fuchhut- und Mützenmacher	4 015 000	5 305 000
Tabakarbeiter	383 900 000	408 925 000
Handschuhmacher	1 841 500	1 874 500
Bäcker und Konditoren	584 210 590	555 439 000
Kleidermacher	42 384 000	45 430 000
Textilarbeiter	240 000	400 000
Portefeuillier	11 000	37 000
Schneider	511 000	529 681
Zigarrenmacher	28 315 000	28 600 000
Gutmacher	16 660 000	16 473 832

Es handelt sich hier natürlich um solche „Gewerkschaftsmarken“, die aus Papier oder Stoff hergestellt und auf die unter gewerkschaftlich anerkannten Bedingungen hergestellten Produkte befestigt, aufgeflebt oder aufgenäht werden. Der Gewerkschaftsbund hat für die kleineren Gewerkschaften noch ein kleineres, allgemeines „Label“, dessen Einsatz auch alljährlich zirka 10 Millionen Stück beträgt. Manche Gewerkschaften haben eigene „Label“-Fabriken, die ihnen schöne Überschüsse einbringen, da in den meisten Fällen die Unternehmer die „Labels“ von der Gewerkschaft kaufen muß.

Eingesandt.

Die Ansichten über den § 9 unseres Statuts sind ja in letzter
zeit sehr verschieden in unserm Verbandsorgan dargelegt worden,
hat es doch wohl auch jedem Kollegen frei, seine Meinung darüber
äußern. Letzteres ist auch nur zu begrüßen, soweit sich die Aus-
führungen sachlich und vernünftig bewegen. Aber der gehässigen
Art und Weise, in der die „mehreren Kollegen von Behdenid“
Pläne für sich machen, kann doch von keinem nur halbwegs
verlendenden Tabakarbeiter zugestimmt werden, geschweige sich der ein-
zelne anzuschließen. Es gehört schon ein trauriger Mut dazu,
drei Kollegen, welche offen ihre Namen nennen, wegen ihrer
Meinung herunterzurufen. Aber: bloß nicht den eigenen Namen
nennen! Glauben denn die Behdenider, sie leisten mit ihren An-
sichten gute Agitationsarbeit? Nein, das Gegenteil ist der Fall!
Es besser wäre es gewesen, vom Vorstand in sachlicher Weise zu
deuteln, öffentlich im Tabak-Arbeiter zu erklären, warum er
veranlaßt sah, eine Beschneidung der Arbeitslosenunterstützung
zu ernehmen zu müssen. Halten sich die mehreren Behdenider be-
rechtigt, unsere besten Kräfte, welche aus unseltenen Reihen hervorge-
gangen sind und doch schon so viel Anerkenntnisswertes geleistet haben,
auszugeben? Ach, wenn sie wüssten, wieviel über ihren Eifer schon
acht worden ist.

Wie schon erwähnt, halte ich die Entscheidung des Vorstandes
d. Ausschusses für eine Beschiebung der Arbeitslosenunter-
stützung in ihrer jetzigen Fassung des Statuts, und dieser Ansicht:
d. allem Anschein nach auch die meisten Leipziger Kollegen und
Mitgliedern. Wäre auf der letzten Generalversammlung der § 9
soas mitgehender gefaßt worden, so wären die ganzen Ausdein-
derungen, welche doch nicht zum Vorteil unserer Organisation
gehören und unterblieben. Nun wird man sich aber doch die Frage

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr 14

Sonntag, den 6. April

1913.

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland!
Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland,
Bremen, Faulenstraße 58/60, Postgeschäftamt Hamburg 11,
Postgeschäftskonto Nr. 5349. Die Postkarten sind zu benutzen,
doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Wohltäter.

In Schullesbüchern findet man mitunter die rührhaftesten Geschichten. Wir erinnern uns, wie in einem solchen Buche erbaulich erzählt wird, wie eine Frau zur sogenannten Wohltäterin des Erzgebirges wird, indem sie dort das Spiegenklappeln einführt. So etwas führt natürlich alle alten Tanten männlichen und weiblichen Geschlechts. Ehrsame Bürgerfleiß und tugendsame Büßtiedeheit triumphieren. Es gibt leider auch heute noch Arbeiter, die des Glaubens sind, der Unternehmer erträgt seine Betriebe und stellt „seine“ Leute an, um Arbeit für jene zu schaffen, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind. Und wenn der Unternehmer davon redet, wie wohltätig er doch sei, indem er den Arbeitern doch Beschäftigung und Verdienst verschafft, so sind immer noch Arbeiter und Arbeitserinnen zu finden, die sich zur Dankbarkeit verpflichtet fühlen. Als ob der Unternehmer sein Kapital in irgend einen Betrieb steckt, um Arbeitern zum Verdienst zu verhelfen. Der Kapitalist sucht sich zur Anlage seiner Gelder Berufe und Betriebe aus, wo noch etwas zu verdienen, wo der Profit ein lohnender ist, und er sucht seine Kapitalisten zurückzuziehen, wenn der Betrieb nichts mehr oder nicht genügend mehr einbringt. Dass das mitunter nicht so schnell geht, als es vielleicht befürchtigt wird, ändert an der Grundsätzlichkeit dieses kapitalistischen Gebarens durchaus nichts. Freilich mag es Unternehmer geben, die über den Zusammenhang und das Getriebe unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung völlig unangewollt sind, und die sich deshalb auch einreden, sie gäben den Arbeitern Lohn und Brot; trotzdem sind sie natürlich gezwungen, den Gesetzen des Kapitalismus unweigerlich Folge zu leisten.

Dass es Unternehmer gibt, die von sich glauben, eine persönliche Wohltat zu leisten, wenn sie Arbeiter beschäftigen, können wir verstehen. Das ist eben gangbare bürgerliche Ansicht. Nicht begreifen können wir dagegen, wenn Arbeiter in dem Gedanken leben, dass der Unternehmer etwas anderes ist, als ein Rad im großen Wirtschaftsgetriebe. Allerdings erfüllt dieses Rad andere Funktionen und ist anders konstruiert, als es jenes Rad ist, das man Arbeiter nennt.

Die „Wohltätigkeit“ des Unternehmertums spielt nun in unserem Berufe, in der Tabakindustrie, eine ganz besondere Rolle. Wir wollen aber zeigen, wie dieselbe in Wirklichkeit zu bewerten ist. Es ist uns Tabakarbeitern faktisch genug bekannt, und wir spüren es nur zu deutlich in unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wie unsere Fabrikanten heute mehr denn je das Bedürfnis nach Verlegung ihrer Betriebe, bezw. nach Einrichtung neuer Filialen haben. Das können wir ihnen persönlich nicht zum Vorwurf machen, denn sie sind eben nach unserer Meinung nicht „Herr im Hause“, sie können sich den Erscheinungen und Formen des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht entziehen; es sei denn, sie würden sich persönlich nicht mehr betätigen. Über eine solche Zurückziehung würde an sich bedeutungslos sein, da dann eben andere mit dem zinstragenden Gelde in derselben kapitalistischen Weise wirtschaften müssten.

Man bedenke nun, wie unsere Fabrikanten in den Städten und Dörfern, wohin sie mit ihrem „Segen“ kommen, oftmals als Wohltäter, und wer weiß noch, als was, gefeiert werden. Die Honorationen des Ortes, Bürgermeister, Geistliche usw. lobhuldeln um sie herum, man hant ihnen Betriebträume, oder erleichtert in jeder nur möglichen Weise den Bau derselben, befriest sie ganz oder teilweise von den kommunalen Lasten, und was dergleichen noch mehr geschieht, während die Arbeiterschaft, die meistens bisher eine ländliche war, überzeugt ist von einer künftigen besseren Lebenshaltung durch die in Aussicht stehende vermehrte Verdienstmöglichkeit. Da erscheint allen der brave Fabrikant als ein solcher Heiland, der gekommen ist, Land und Leute zu beglücken. Und wir wissen aus Erfahrung, wie sich die Herren so gern als Wohltäter feiern lassen und sich an ihrem Glorienchein erwärmen. Über da müssen wir doch fragen: Was ist Wahrheit, was ist Dichtung? Bemühen wir uns, den Dingen auf den Grund zu gehen, so verblaßt der Glorienchein gar bald und die bittere Wahrheit heißt dann: Nichts anderes als kapitalistisches Gebaren, berechnet auf den größtmöglichen Profit! Betrachten wir uns doch einmal die Vorgänge. Da kommt ein Zigarrenfabrikant mit seinem „segenspendenden“ Betrieb in irgend einen abgelegenen Ort, da er auch bisher schon fabriziert und Leute beschäftigt hat, müßte man doch fragen, weshalb der Betrieb nicht an dem alten Orte bleibt, weshalb er nun gerade nach diesem oder jenen abgelegenen Ort verlegt wird. Nur, um Wohltaten zu üben? Gewiß ist den Leuten ein besserer Verdienst zu wünschen, aber an dem bisherigen Fabrikationsort wurden doch auch Leute beschäftigt, die gerne arbeiteten und ihre Lebenslage so gut als möglich zu gestalten suchten. Wenn der Fabrikant vom Wohlton beeindruckt war, so hätte er bisher reichlich genug Gelegenheit dazu gehabt. Statt dessen werden nunmehr die alten Arbeiter entlassen, können hungern und frieren, weil sie möglicherweise auf lange Zeit keinen Verdienst mehr haben. Dem Fabrikanten

aber wird im neuen Orte ob seiner „Wohltaten“ gehuldigt. Ist die eine Handlung nun Wohltat, die Lob und Ehre verdient, und wird sie persönlich aufgefaßt, so muß es auch die andere werden, die dann dem Fabrikanten als furchtbare Roheit angerechnet werden, die aber auch ebenfalls die entsprechende Verachtung nach sich ziehen müßte. Die Handlungen des Unternehmers heben sich also gegenseitig auf, so daß von Wohltaten gar nicht die Rede sein kann. Es bleibt nur der kapitalistische Beweggrund übrig. Wie man da zu einer Dankbarkeit oder auch nur Anerkennung gegenüber dem Kapitalisten kommen kann, ist nicht zu verstehen, zumal der Fabrikant, wenn ihm demnächst anderswo ein größerer Profit läuft, es mit dem Orte seiner gefeierten Wohltaten ebenso macht, wie er es vorher schon so oft gemacht hat: er läßt eben seine Braven und Freuen im Stich. Können wir in der Zigarrenindustrie nicht ein trauriges Lied davon singen?

Na, und wie sieht es denn sonst noch mit den Wohltaten aus? Es ist zuzugeben, daß die Tabakindustrie in manchen Orten und Gegenden zunächst eine Vermehrung des Familieneinkommens bedeutete, namentlich dann, wenn es sich um rein ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen handelt. Es ist deshalb auch erklärlich, daß in den armen Gegenden die Leute zugreifen, wenn sich ein Zigarrenfabrikant dort niederläßt will. Wir wollen gewiß nicht einer niedrigen Lebenshaltung das Wort reden, aber abgesehen von dem geringen Mehrverdienst, den die Tabakindustrie für den Augenblick in den armen Gegenden den Arbeitern bringt mag, bringt sie der Bevölkerung durchaus keine Wohltaten. Da brauchen wir nur an die Fabrikation selbst zu denken. Ist doch die Tabakindustrie unbestritten einer der gesundheitsschädlichsten Berufe; die Atmungsorgane sind ständiger Gefahr ausgesetzt; das stramme Sizzen bei der intensiven Arbeitsweise wirkt natürlich auf die Gesundheit der Frauen außerordentlich ungünstig ein. Man vergegenwärtige sich die Wirkung, wenn Personen, die bisher vielleicht in der Landwirtschaft tätig waren, nunmehr in der Zigarrenfabrik arbeiten sollen, oder gar zu Hause Zigarren herstellen! Muß da nicht die Gesundheit leiden? Ist das nicht Ursache zur Degeneration? Denn so groß ist das vielleicht gestiegene Einkommen nicht, daß dem Körper die vorbeugende Pflege zuteil werden kann. Und der „wohltätige“ Kapitalismus nimmt wahrhaftig keine Rücksicht und verlangt auch von diesen seinen neuen Arbeitern und Arbeitserinnen an Anspannung und Hergabe der Kräfte, was irgend möglich ist. Und er wird auch die Löhne herabzusetzen versuchen, wenn es angeht und kein gewerkschaftlicher Damm entgegengesetzt werden kann.

Der Kapitalismus in der Tabakindustrie braucht vor allem die Frauenarbeit. Also besteht die „Wohltat“ einer Ausdehnung der Industrie auch darin, daß die Frauen der Familie und dem Hause entzogen werden, daß sie sich nur noch in ungünstigstem Maße der Erziehung der Kinder widmen können, deren leibliches und geistiges Wohl doch die Zukunft des Volkes bedeutet. Oder, was noch schlimmer ist, die Hausarbeit, wie sie in der Tabakindustrie leider noch an Umfang und Gefährlichkeit zunimmt, verkümmert das Dasein dieser Menschen. Das ist alles „Segen“, alles „Wohltat“!

Es ist der kapitalistische Zug unserer Zeit, der keine Rücksicht nimmt, der aber in der Tabakindustrie noch zu besonderen Erscheinungen, und künftig noch mehr als jetzt, führt, weil ein ungeheuerer Steuerdruck dazu treibt. Nicht der Wille der Personen, sondern die Art der Wirtschaftsweise, der auch die Gesetzgebung untertan ist, ist es, die den Gang der Produktion in ihren Einzelheiten lässt. Da gibt es weder Wohltaten noch Dankbarkeit, sondern Lohn- und Arbeitsleistung sind die Faktoren, um die es sich unter dieser Wirtschaftsweise dreht. Und wie der Fabrikant versucht, für möglichst niedrigen Lohn eine möglichst große Arbeitsleistung zu erzielen, so gibt es auch für uns Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nichts anderes, als durch unsern gewerkschaftlichen Zusammenschluß Lohn- und Arbeitsleistung in dem für uns günstigsten Sinne zu beeinflussen. Mit dem Glorienchein der Unternehmer „wohltaten“ ist es nichts.

Die Tabakarbeiter Österreichs.

In den beiden Östertagen hielt die „Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter Österreichs“ ihre 5. Hauptversammlung (Verbandstag) in Wien ab. Die Versammlung tagte im Verbandshause der Buchdrucker und erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Außerordentlich stark waren die Tabakarbeiterinnen vertreten. Als Gäste waren anwesend der Kollege Deichmann in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der Tabakarbeiterorganisation, die Genossin Bopp für das Fraureichslomitee, Genosse Glöckl für den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, die Genossin Böschel und Genosse Grünwald für die Reichsgewerkschaftscommission und der Genosse Cayrel für die tschecho-slawische Gewerkschaftscommission. Nach den üblichen Begrüßungsreden der Gäste, die alle mit dem Wunsche ausdrückten, daß den Tabakarbeiterinnen die geschlossene Organisation erhalten bleiben und weitere Fortschritte machen möge, erstatete der Obmann der Gewerkschaft der Tabakarbeiter Österreichs, Genosse Battermann, den Vorstandsbericht. Aus der schriftlichen und mündlichen Berichterstattung geht hervor, daß in den 50 Tabakmonopolsäften Österreichs im Jahre 1912 beschäftigt wurden

	Bahl der Beschäftigten	Davon organisiert
Zigarrenherstellung	23 363	4686
Zigarettenherstellung	5 009	1403
Lauchtabakherstellung	4 199	1103
Kautabakherstellung	176	24
Schnupftabakherstellung	116	29
Kartonerzeugung	462	130
Anderer Betriebungen	6 351	1397
Zusgesamt	39 676	8771

Die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist gering und beträgt:

	männl.	weibl.	zus.
Beschäftigte Arbeiter	5774	33 902	39 676
Hiervon organisiert	1634	7 137	8 771
Organisiert in Prozenten	28,30	21,05	22,11

Von den 8771 Mitgliedern gehören 5390 der deutschen, 2091 der tschechischen, 708 der polnischen, 240 der slowenischen, 238 der ruthenischen und 106 der italienischen Nationalität an. Die Organisation, die im Jahre 1904 gegründet wurde, hat in den letzten zwei Jahren nur geringe Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 8643 im Jahre 1910 auf 8771 im Berichtsjahr. Die Ursachen dieser geringen Entwicklung sind zu suchen in dem Rückgang der beschäftigten Arbeiter und in dem Umstande, daß eine Reihe bewährter Vertrauenspersonen in Pension ging. Außer dieser Organisation besteht noch eine Organisation der sogenannten christlich-sozialen Stiftung, die an Zersplitterungsmöglichkeit das Menschenmöglichste leistet; über die Stärke dieser Organisation liegen nur unverlässige Daten vor.

Nach dem vorliegenden Geschäftsbericht des tagenden Verbandes beträgt die Beitragsgebühr 40 Heller und die Beiträge 26 Heller, 30 Heller, 40 Heller und 50 Heller pro Woche. Die Einnahme beträgt im Jahre 1912:

Beitragsgebühr	530,80	Kronen
Wochenbeiträge	139 942,36	"
Sonstige Einnahmen	2 614,48	"
Kassenbestand 1911	63 569,64	"
Summa	206 447,28	Kronen

Dieser Einnahme steht eine Ausgabe gegenüber:

Für Fachblätter	17 605,78	Kronen
Widerstandsfonds	10 578,50	"
Rechtschutzunterstützung	967,66	"
Waffenübungsunterstützung	665,40	"
Krankenunterstützung	61 645,40	"
Esterbeunterstützung	1 394,30	"
Andere Unterstützungen	96,92	"
Agitation	3 346,63	"
Beiträge an die Zahlstellen	18 647,58	"
Beiträge:		
Reichsgewerkschafts-Kommission	3 878,15	"
Tschecho-slawische Gewerksch.-Kommt.	578,27	"
Delegationen	1 220,32	"
Andere Ausgaben	570,54	"
Bestand am 1. Januar 1913	71 922,33	"
Summa	193 117,78	Kronen
Verwaltung	13 329,50	"
Summa	206 447,28	Kronen

Der angesammelte Widerstandsfonds beträgt 27 372,34 Kronen. In hervorragender Weise hat der Verband auf die Gestaltung des Lohnschemas eingewirkt und erreicht, daß den Tabakarbeiterinnen, die entbunden haben, der zweiwöchige Urlaub gesichert wurde. Ebenso war die Tätigkeit von Erfolg getönt, daß den vor dem Jahre 1902 aus den Monopolsäften ausgeschiedenen die Pension (Gnadengeld) gezahlt wird. Außerdem macht die Benutzung der eingerichteten Säuglingsheime erfreuliche Fortschritte. Nach kurzer Debatte wurde dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt. Von Wichtigkeit war ein Antrag der Ortsgruppe Göding, der den Austritt aus der Reichsgewerkschaftskommission und den Anschluß an die Prager Kommission (Tschecho-slawische Gewerkschaftskommission) verlangte. Die Debatte war eine rege und endete mit der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution:

„Die Hauptversammlung erklärt, daß die einzige mögliche Organisationsform für die Tabakarbeiterchaft Österreichs die bestehende zentrale Organisation ist, deren Bestand nur möglich ist, wenn den berechtigten nationalen Forderungen der Mitglieder entsprochen wird. Insbesondere ist es das Recht der Mitglieder der tschechischen Nation, sich unbeeinflußt zu ihrer politischen Partei zu bekennen.“

Die Hauptversammlung beauftragt den Zentralvorstand, in der nächsten Sitzung den Antrag der Ortsgruppe Göding betreffs Beitritt zur tschecho-slawischen Gewerkschaftskommission in einer Form zu erledigen, welche die Einheit der Organisation der Tabakarbeiter sichert.“

Nach dem recht instruktiven Referat des Genossen Battermann über „Organisation und Agitation“ referierte der Genosse Battermann über „Die Lohn- und Arbeiterverhältnisse“. Hierauf beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 51 Stunden bei einem freien Sonnabendmittag und der jährliche Durchschnittsverdienst 750 Kronen. Ebenso wie die Löhne lassen auch die hygienischen Einrichtungen der österreichischen Tabakfabriken noch manches zu wünschen übrig. Nach einer eingehenden Debatte, die im wesentlichen einer Berichterstattung gleichlief, wurden folgende hygienische Forderungen einstimmig aufgestellt und beschlossen, für die Anerkennung zu votieren:

1. Eigene Arbeitsschalter für jede Betriebsgruppe.

2. ausreichende Tabakoberäume und reichlich Wasserlegerheit;
3. für jede Arbeitssperson ein eigenes Handbuch, das mindestens wöchentlich zweimal gewechselt wird;
4. Erbauung von Arbeiterbädern, wo sie noch nicht bestehen;
5. Errichtung von Säuglingsheimen in allen Tabakfabriken;
6. Anstellung von weiblichen Aerzten;
7. die Ausgestaltung der Krankeninstitute nach den Anträgen der Arbeiterschaft;
8. Abhöpfung des Kronzierens der Zigaretten.

Außerdem beschloß der Verbandstag noch folgende Willenskundgebung:

"Die 5. Hauptversammlung erklärt, auf den Fortbewegungen, wie sie in dem Memorandum von 1912 und in dem besonderen Memorandum der männlichen Arbeiter vom selben Jahre niedergelegt sind, zu besorren. Die Versammlung brandmarkt das verräterische Verhalten der christlich-sozialen und nationalen Tabakarbeiterverbündungen und ihrer parlamentarischen Vertreter, sie fordert den Centralvorstand auf, für weiteste Verbreitung der Kenntnis dieses arbeiterfeindlichen Treibens zu sorgen. Die Hauptversammlung wendet sich an die gesamte Tabakarbeiterchaft Österreichs, sie wendet sich an die Kolleginnen und Kollegen in den Tabakfabriken, Verschleißmagazinen und Einlösämtern, sich in der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter Österreichs zusammenzuschließen und die notwendigen und möglichen Verbesserungen durchzusehen."

Nach einer kurzen Darlegung des Zweckes des internationalen Sekretariats der Tabakarbeiter beschloß der Verbandstag, dem Internationalen Tabakarbeitersekretariat beizutreten. Die internationale Solidarität fand ihren Ausdruck noch in einer Sammlung für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland und in dem Beschuß, wonach der Vorstand beauftragt wurde, in seiner nächsten Sitzung einen namhaften Betrag zur Unterstützung der Kollegenschaft Hollands auszuzahlen. Nach Vornahme der Wahlen des Vorstandes und des Schiedsgerichts schloß der Genosse Battermann die recht antegende und würdig verlaufene Hauptversammlung in der Hoffnung, daß alle Beteiligten das Gehörte beherzigen und alles daran seien möchten, die noch fernstehenden Mitarbeiter für die Organisation zu gewinnen.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Kommt das Zigarettenmonopol? Als vor einigen Wochen die Notiz durch die Zeitungen ging, daß die Regierung an die Einführung des Zigarettenmonopols denkt, wurden derartige Neuerungen von angeblich zuverlässiger Seite als durchaus halbfeste Gerüchte bezeichnet. Seit Sommerzeit tauchten diese Gerüchte immer wieder auf. So ist es jetzt wieder der Berliner Lokal-Anzeiger, der "geht haben will," daß ein Zigarettenmonopol im Schoße der Regierung erwogen werde. Das Blatt schreibt: "Um einen Teil des durch die neue Militärvorlage notwendigen neuen Steuerbedarfs zu decken, wofür im Reichsschagamt, wie wir hören, auch der Plan, neue Monopole einzuführen, erwogen. Es soll sich dabei zunächst um ein Zündholz- und Spiritusmonopol handeln, aber auch ein Zigarettenmonopol liegt im Bereich der Möglichkeit". Wir glauben schon, daß die Regierung, um die sich bis ins Unendliche steigernden Miliärfälschen zu decken, schließlich mit dem Zigarettenmonopol kommen wird.

Etwas zur "nationalen" Trustbekämpfung. Eines der Hauptsläger in der Bekämpfung des britisch-amerikanischen Tabaktrustes in Deutschland ist die nationale Phrase. Das ausländische Kapital darf nicht die deutsche Arbeit schöpfen! So ungefähr wird lamentiert. Wir haben schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß wir an diese edle Vaterlandsliebe nicht glauben. Da lesen wir gerade wieder eine Notiz in den Tagesblättern, die unsere Auffassung trefflich illustriert. Der brasilianische Staat São Paulo hat eine Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterling in Aussicht genommen, um die von ihm, auch im Interesse der Kaffeekapitalisten, unternommene Kaffeevalorisation durchführen zu können, d. h., um bei guten Ernten große Quantitäten Kaffee zurückzuhalten zu können, um den Preis möglichst hoch zu bringen. Von dieser Anleihe sollen nun 1 Million Pfund (20 Millionen Mark) in Deutschland aufgebracht werden. Die kapitalistischen Blätter, also die Blätter unseres "nationalen" Trustbekämpfer, allen voran der "Tag", bemühen sich nun triumphierend, natürlich im Interesse des "nationalen" Ansehens, der Beteiligung deutscher Kapitalisten das Wort zu reden, obgleich selbst der Reichstag sich gegen die Kaffeevalorisation ausgesprochen hat. Aber da Geld dabei zu verdienen ist, werden die 20 Millionen Mark in Deutschland für das Ausland aufgebracht werden, und die armen Arbeiter zahlen für ihren Kaffee die künstlich mit "nationaler" Bezeichnung von deutschen Kapitalisten hochgetriebenen Preise. Und da will man die Arbeiter für die "nationale" Trustbekämpfung begeistern! Am Ende geben auch begüterte Trustbekämpfer ein paar Blaue für die Kaffeevertretung her. Natürlich immer gut deutsch! Wer nicht an den Schwund glaubt, ist ein Vaterlandsfeind!

Die Zigarettenindustrie in den Berichten 1911 der Gewerbeinspektionen beider Reihen. Im Jahre 1911 unterstanden in Reihen 1. & 2 Anlagen zur Herstellung von Zigaretten mit 10 Arbeitern, davon 9 erwachsene männliche Arbeiter und 1 Arbeitserin über 16 Jahre, der Gewerbeinspektion. In Reihen 1. & 2 waren es 37 Anlagen mit 760 Arbeitern, davon 178 erwachsene männliche, 500 weibliche über 16 Jahre, 27 männliche und 53 weibliche Jugendliche von 14 bis 16 Jahren. Zu widerhandlungen wurden in seinem der beiden Inspektionsbezirke ermittelt. In Reihen 1. & 2 wurden 2 Zigarettenfabriken auf Grund § 105 der Gewerbeordnung übernommen bewilligt, und zwar zu 5 Sonnen beginnend 5 bis 8 Stunden je am.

für im ganzen 154 Arbeiter. Der Bericht für Reihen 1. & 2 konstatiert, daß in allen Industrien eine Zunahme an Arbeitern stattgefunden hat, ausgenommen bleibe nur die Tabakindustrie.

Die Zigarettenindustrie im Berichte 1911 der Gewerbeinspektion des Fürstentums Waldeck. Der Gewerbeinspektion des Fürstentums Waldeck waren im Jahre 1911 15 Anlagen zur Anfertigung von Zigaretten unterstellt. Beschäftigt wurden in diesen Anlagen 335 Arbeiter; davon waren erwachsene männliche Arbeiter 142, Arbeiterinnen über 16 Jahre 147, jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren a) männliche 14, b) weibliche 32. Zu widerhandlungen wurden nicht ermittelt. Über Vorrichtigkeiten sagt der Bericht folgendes: "Lohnstreitigkeiten erfolgten in der Zigarettenindustrie des Fürstentums Pyrmont, hervorgerufen durch die in den Ortschaften der benachbarten Bezirke erhobenen Lohnforderungen. Auch in den in Holzhausen befindlichen Filialen von Bellmer & Co. waren Lohnforderungen bereits erhoben und zugesagt worden, als am 30. September seitens der organisierten Arbeiter dieser Fabriken die Kündigung schriftlich eingereicht wurde, und zwar am gleichen Tage an dem seitens des Westfälischen Zigarettenfabrikantenverbandes, zu dessen Bezirk auch das Fürstentum Pyrmont gehört, die Kündigung sämtlicher organisierter Arbeiter in der Zigarettenindustrie angeordnet worden war. Und zwar wurden sowohl in den Fabriken als auch die in Hausarbeit tätigen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von der Aussperrung betroffen. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter betrug ungefähr die Hälfte der insgesamt beschäftigten, die auf 400 bis 450 zu berechnen ist. Die Aussperrung dauerte fort bis zum 8. Januar 1912. Von diesem Tage an wurden je nach Bedarf die ausgesperrten wieder eingestellt. Die Lohnbewegung ist ohne Erfolg für die Arbeiter verlaufen. An Unterstützungen seitens des Zigarettenarbeiterverbandes wurden für vollberechtigte männliche Arbeiter wöchentlich 12 M. und für jedes unter 14 Jahre alte Kind 0,75 M. gewährt, für weibliche Arbeiter 6-9 M. Als Vollberechtigte werden nur diejenigen angesehen, die bereits ein volles Jahr dem Verbande angehört haben." Dem Berichtsteller sind einige Fertümer unterlaufen, die wir zu berichtigten für erforderlich halten. Wenn es heißt, daß seitens der Arbeiter Forderungen erhoben, und diese von der Firma Bellmer & Co. gewährt wurden, aber die Kündigung dennoch eingereicht wurde, so könnte einer, der die Verhältnisse nicht kennt, daraus den Schluss ziehen, die Arbeiter wären einfach frivoll gewesen. Die Kündigung ist aber erfolgt, weil die Zugeständnisse den Arbeitern zu gering waren. Die angegebene Zahl der Ausgesperrten stimmt nicht. Es kannen für das fragliche Gebiet 12 Firmen mit 488 Arbeitern in Betracht; ausgesperrt wurden jedoch 336 Arbeiter. Dann war die Aussperrung nicht am 8., sondern am 14. Januar 1912 beendet. Ferner stimmt es nicht, wenn angegeben wird, daß als Vollberechtigte nur diejenigen angesehen wurden, die ein volles Jahr Mitglied unseres Verbandes waren; bekanntlich wurde und wird die volle Unterstützung bei Kämpfen schon nach halbjähriger Mitgliedschaft gewährt. Auch in diesem Bericht begegnen wir wieder der Neuerung: Die Lohnbewegung ist ohne Erfolg für die Arbeiter verlaufen! Wir haben nun schon oft genug diese Behauptung zurückweisen müssen, wir wollen es dabei bewenden lassen. Unsere Mitglieder sind genügend mit dem Ausgang der Aussperrung und den vorausgegangenen und nachher erfolgten Kämpfen belastet, und jeder Tabakarbeiter des Pyrmonter Landes ist gewiß gern bereit, dem Herrn Gewerbeinspektor die Wahrheit zu erzählen.

Betriebsgewinne in der Tabakindustrie. Die Zigarettenfabrik Georg A. Fassmuth & C. in Dresden, hat einschließlich eines Gewinnvortrages aus 1911, im Jahre 1912 einen Steingewinn von 3 284 384,19 M. erzielt. Sie wird für ihre Stammaktien 25 Prozent, für die Vorzugsaktien 5 Prozent Dividende zahlen. Das Aktienkapital dieser Firma beträgt 14 Millionen, davon sind 8 Millionen Mark auf Stammaktien und 6 Millionen Mark auf Vorzugsaktien eingezahlt. — Die Eisfüssige Tabakmanufaktur erzielte im Jahre 1912 nach Abschreibungen in Höhe von 35 594 M. einen Reinigewinn von 384 394 M. gegen 391 707 M. im Vorjahr. Es wird eine Dividende von 9 Prozent verteilt werden. An Anteilnehmern werden außerdem 116 727 M. verteilt; auf das neue Jahr werden 197 891 vorgetragen. Demnach betrug der Bruttogewinn 699 012 M. bei einem Aktienkapital von 2½ Millionen Mark. Die im vorigen Jahre in der Eisfüssischen Tabakmanufaktur stattgefundenen Lohnbewegungen hat keine erhebliche Störung im Absatz verursacht, wird geschrieben. Hm, hm! Auch nicht der Vortrag, an dessen Aufhebung die Firma doch erschlich interessiert war?

Die „christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung im Delirium. Die Redaktion der „christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung hat jetzt alle Hände voll zu tun. Wenn es nicht so traurig mit ihrer geistigen Verfassung stände, müßten wir eigentlich aus dem Leben nicht herauskommen. Da ein außerordentlicher Verbandstag angekündigt worden ist, meint das Blatt, es müsse in unserem Verbande stark drunter und drüber gehen! Weil auf unserem Verbandsstage auch die Taktik bei Lohnbewegungen besprochen werden soll, was natürlich ganz selbstverständlich ist, meint das „Christen“-blatt, daß seine Erziehungskraft an uns gewirkt hat. Ist das nicht zum Angeln? Dann heißt es wieder, „die Hiebe haben gefessen“. Ja, wir sind vollständig konfusiert und es ist nur gut, daß das Blatt sich unsere Erziehung angelegen sieht, wir wären sonst für alle Zeiten wirklich untröstlich. Wer sieht denn unsere Erziehung unseres Verbandes eigentlich im Sinne des „christlichen“ Verbandes? Wir sind beinahe kaum genug, anzunehmen, daß der „Christen“ diese Arbeit wären könnte, zumal ja an uns doch wohl hoffen und hoffen müssen. Unser Niedergang auf legititem Geiste müßte ja auch dem „christlichen“ Verband von Augen

Ach, und nun erst der „Stach“ in unserem Verband! Das schwarze Blatt schreibt:

Was den Stach im roten Verband anbetrifft, so hat der Tabak-Arbeiter, als handle es sich um eine harmlose Geschichte. Er veröffentlicht aber in der selben Nummer wieder zahlreiche Proteste gegen den Vorstand. Dabei redet eine Zuschrift davon, daß jeder, der sich auf die Seite des Vorstandes oder Ausschusses des roten Verbandes stellt, nicht Agitator für, sondern Agitator gegen den Verband sei. Es wird sogar der Vorwurf gemacht, einen neuen Vorstand zu wählen? Und das soll kein Stach sein? Ja, der Verbandsvorstand kann sich schon gar nicht mehr anders helfen, als daß er noch für dieses Jahr einen außerordentlichen Verbandstag einberuft.

Es ist erklärlich, daß die Redaktion des Blattes sich den Kopf zerbricht über die Vorgänge in unserem Verbande. Im „christlichen“ Verband geht überhaupt nichts vor, ergo kann es dort auch nicht zum „Stach“ kommen. Wehe auch dem „christlichen“ Mitgliede, das sich erlauben würde, wider die allmächtige, allgegenwärtige und allwissende „christliche“ Verbandswohlheit zu schreiben! Im „christlichen“ Verband geht man gegen den Geist mit Dauerschrauben und spanischen Stiefeln vor. „Das rote Blatt muß also einen panischen Schrecken vor uns haben,“ heißt es weiter an einer Stelle des Blattes. Unsere Leser wollen bitte nicht lachen! Es stimmt insfern, als sich gesunde Menschen vor den unschönen Krankheiten Geistes entsezten.

Steuern und Rauchzigarren der nordamerikanischen Tabakarbeiter. Wie die „Neuhorler Staatszeitung“ mitteilte, erhalten von jetzt ab die Tabakarbeiter der Vereinten Staaten wöchentlich 21 Rauchzigarren, für die Steuern nicht gezahlt zu werden brauchen.

Die Volksversicherung.

Der kapitalistische Erwerbscharakter der Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften.

In unserem Artikel: „Zur Entwicklung der Volksversicherung in Deutschland“ in der letzten Dienstag-Nummer haben wir darauf hingewiesen, daß sich das Kapital in Deutschland erst dann für die Volksversicherung zu interessieren beginnt, als durch die Provinz in England feststand, daß dabei ein Geschäft zu machen sei. Nun sind leider in den veröffentlichten Übersichten über die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften speziell erläuterte Angaben über die bei der Volksversicherung erzielten Überschüsse und die von diesen für Aktienrückdividenden und Rentenvermögen verwandten Gelder nicht enthalten. Auch die Geschäftsbücher der einzelnen Gesellschaften geben darüber keine klare Auskunft, so daß wir genötigt sind, zunächst einmal bezüglich dieser Fragen die große und die kleine Lebensversicherung zusammen zu behandeln. Soweit uns dies möglich ist, werden bei den späteren Erörterungen über die Schäden der kapitalistischen Volksversicherung Spezifikationen über die einzelnen Abteilungen der großen Aktiengesellschaften geben.

Aus der in unserem ersten Artikel veröffentlichten Tabelle ist ersichtlich, daß nur ein geringer Teil des Volksversicherungsbestandes auf die Gegenseitigkeitsgesellschaften — 14 p.ßt. — entfällt; 88 p.ßt. des Geschäfts ist in Händen von Aktiengesellschaften.

Bei den Gegenseitigkeitsgesellschaften erfolgen keine besonderen Zuwendungen an die Garantien, auch werden Renten an den Vorstand und Aufsichtsrat in der Regel nicht gewährt. Nur die „Iuduna“ (Halle) hat im Jahre 1911 112 288 M. an Renten an ihren Vorstand und Aufsichtsrat gezahlt. Die Gegenseitigkeitsgesellschaften können deshalb, somit die Gewerkschaften bei der Lebensversicherung in Frage steht, ausscheiden.

Wir lassen deshalb nach Wallmanns Versicherungs-Zeitung eine Tabelle über die Aktiengesellschaften für das Jahr 1911 folgen:

Aktiengesellschaften	Gesamt-Kapital	Gesamt-Brutto-Umsatz	Gesamt-Überschuss	Großes-Aktien-Rückdividende	Renten-und-Spar-Abteilungen
Victoria.....	6 000 000	4 200 000	1 180 000	28,1	844 284
Friedrich Wilhelm.....	6 000 000	1 509 000	570 960	37,8	238 980
Wilhelma.....	3 000 000	8 000 000	1 000 000	33,3	148 290
Deutschland.....	7 000 000	1 750 000	175 000	19,0	82 445
Hannover-Mannheim.....	3 000 000	750 000	67 500	9,0	27 439
Tautonia, Leipzig.....	1 800 000	450 000	85 500	19,0	83 326
Urania, Dresden.....	3 000 000	750 000	75 000	10,0	19 408
Arminia, München.....	6 000 000	1 500 000	345 000	23,0	124 489
Breu, Lebensverscr.	8 000 000	800 000	120 240	20,0	82 360
Vereinsbank, Düsseldorf.....	3 000 000	3 000 000	8449	0,28	—
Bohr. Vers.-Bank.....	10 000 000	2 500 000	500 000	32,0	78 000
Summa	51 800 000	20 009 000	4 427 049	22,1	1 708 966

Nach obiger Tabelle entstehen also auf die kapitalistischen Nutznießer beim Lebensversicherungsgeschäft bei einer angänglichen Bereinigung von 20 Millionen über sechs Millionen Mark. In Wirklichkeit ist aber der oben angegebene Betrag der Bereinigungen nicht bei allen Gesellschaften von den Aktiönen, sondern in einem großen Teile aus den Überschüssen der Versicherungen geschaffen. Zum mindesten trifft dies bei der „Victoria“ zu, bei welcher nach der von uns an Händen ihrer Geschäftsbücher vorgenommenen Feststellung die Aktiönen nur den fünften Teil des Betrags ihrer Aktien — also 600 M. per Aktie — bar eingezahlt haben, während die fehlenden 2400 M. per Aktie Jahr für Jahr aus den Überschüssen der Gesellschaft regelmäßig ergänzt werden. Die Aktiönenrückdividende betrug 1911 nicht, wie oben angegeben, 28,1 p.ßt., sondern sage und schreibe fünfundsechzig Prozent.

Noch den uns vorliegenden acht letzten Geschäftsjahrsberichten der „Victoria“ wurden aus den Jahresüberschüssen gezahlt:

Jahr	Renten		Dividenden	Gesamt-Überschuss
	an den Vorstand	an den Aufsichtsrat		
1904.	355 326,30	150 000	400 000	570 000
1905.	388 283,16	150 000	400 000	600 000
1906.	430 186,07	150 000	400 000	680 000
1907.	474 626,17	150 000	500 000	660 000
1908.	521 120,06	150 000	600 000	680 000
1909.	580 576,64	150 000	800 000	720 000
1910.	634 243,51	150 000	500 000	750 000
1911.	694 284,30	150 000	400 000	780 000
	4 053 651,21	1 200 000	4 000 000	5 400 000

Summiert wird. In acht Jahren haben die Versicherungsnehmer bei der „Victoria“ ihren kap

Zeige reicht, so ist er ohne weiteres die letzten zwei Tage der Woche arbeitslos, ohne entlassen zu sein, dann er hat doch für zwei Tage nichts mehr zu tun, also keine Arbeit. Wenn er sich freiwillig das Material so eintreibt, daß er eben sechs Tage daran arbeitet, so ist das sein freier Wille. Ob man ihm aber andererseits die Unterstützung direkt verweigert könnte, bezweiste ich. Ich habe mir ohne weiteres den Idealismus dieser Kollegen, nur weiß ich nicht, wie die betr. Kollegen wirtschaftlich dabei bestehen könnten oder sollen. Denn darüber schweigen die Kollegen Magdeburgs, ob der Verdienst der betr. Kollegen in diesen vier Tagen so ist, daß sie sieben Tage davon existieren können.

Ich will die Verschärfung des Vorstandes und die Ausschaffung der Kollegen von dem Standpunkt, daß die Auszahlung der Unterstützung dem Verband ein. 50,- 70.000,- geliefert hätte, begründlich finden. Aber wenn man dem Vorstand ohne weiteres das Recht in Händen gibt, die Unterstützung in diesem Fall mit der Beurteilung zu versagen, so bedenkt man die weitere Konsequenz dieses Schrittes. Die Kranken-, Streik- und Maßregelungsunterstützung überhaupt alle unsere Unterstützungsformen sind genau so statutarisch festgelegt, wie die Arbeitslosenunterstützung. Gibt man nun dem Vorstand das Recht, mit obengenannter Begründung die Arbeitslosenunterstützung zu verweigern, so hat er ohne weiteres auch das Recht, bei den anderen Unterstützungen in ähnlichen Situationen so zu handeln. B. V.: In einer höchsten tritt eine Krankheit mit epidemischem Charakter auf, oder es kommt ein Streik über eine Maßregelung in größerem Umfang vor, so kann der Vorstand mit derselben Begründung die Unterhaltung von verlängerten Kartenzeiten abhängig machen. Er kann sagen: Jawohl, wir sehen es gewiß ein, wir sind in diesem Falle unterstützungsbedürftig, die Unterstützung steht euch auch (wenigstens im Prinzip) statutarisch vom 1. resp. 4. Tage an zu, wir haben aber die Überzeugung gewonnen, die Sache kostet dem Verbande 50,- 70. ja ev. 100.000,- aus dem Grunde könnten wir erst Unterstützung erhalten, wenn die Sache länger wie sechs Tage dauert. Oder ist es nicht so? Man kommt mir nicht mit der Ausrede: So kann der Vorstand denn doch nicht verfahren. Wer will dem Vorstand, wenn diese Wahn erst einmal bestätigt ist, denn das Recht dazu nehmen? Weiter: Es muß doch unbedingt angegeben werden, daß der Vorstand mit seiner Begründung einen ungerechten Zustand geschaffen hat. Die Mitglieder, die sechs resp. sieben Tage ausleben müssen, erhalten Unterstützung, die Mitglieder aber, die fünf Tage ausleben müssen, also wohl wirtschaftlich genauso geschädigt sind, erhalten nichts, nur weil es vielleicht die meisten sind. Wer will dies als gerecht und richtig vertreten? Wenn man nun den § 9 durchaus so definieren und Aussetzen durchaus nicht als Arbeitslosigkeit gelten lassen will, so bedenkt man, daß wir schon Fälle hatten, wo die Mitglieder 14 Tage und länger auslebten müssten. Tatsächlich haben dann die betr. Mitglieder auch in diesen Fällen kein Recht auf Unterstützung. Gewährt sie ihnen der Vorstand doch, so tut er es durch einen gewissen Gradeneinfach. Wenn die betr. Kollegen, die den § 9 so ausgelegt wissen wollen, es verantworten können, eventuell die Mitglieder in solchen Fällen von der Gnade des Vorstandes abhängig zu machen, so haben sie das mit sich selbst abzumachen. Man braucht den Verband nicht als mildende Ruh zu betrachten, auch nichts Übernatürliches oder was nicht im Statut festgelegt ist, verlangen, aber ich glaube, es ist auch nur richtig, uns nichts im Gradeneinfach gewähren zu lassen, sondern diese Forderung entschieden abzulehnen, gleichviel in welcher Unterstützungs situation. Und nun noch eins: Warum kommt man dann gerade, wie schon oben angeführt, bei solchen Gelegenheiten mit dem großen Rütteln? Bei anderen Gelegenheiten vermisse ich sie, oder hat man dann das Rechnen verlernt?

Um noch einiges zur Ruhunterstützung. Ich habe in meinem ersten Eingefüllt schon betont, daß die Tätigkeit des betr. Kollegen ohne weiteres anerkannt werden soll. Wenn uns aber die Kollegen dazu bestimmen wollen, nicht nach Unternehmertum zu handeln, und nun, da der Kollege nicht mehr kann, ihn wie eine ausgesetzte Witwe befehlt zu werken, gemäß dem Grundsatz: "Wahr, du hast keine Schuldigkeit getan und kannst gehen", so müssen sie auch die weitere Konsequenz ihrer Anschauung vertreten. Und diese ist mir die Hauptfrage. Ich habe die Konsequenz des Schrittes des Vorstandes in dieser Angelegenheit schon genugend in meinem ersten Eingefüllt behandelt. Ich will hier nur noch bemerken, daß ich mich da auch auf dem Standpunkt des Kollegen G. Klemmergut stelle. Da der Vorstand einmal diesen Weg beschritten hat, muß er sich, wie es auch der Verbandstag, mit einem entsprechenden Entschluss befassen; und dann werden wir sehen, wohin wir kommen. Ich kann nicht unterlassen, zu bemerken, daß ich ähnliche Fälle kenne, wo man nicht so weit herzig gehandelt oder so weitgehende Rütteln genommen hat.

Ich will gewiß nicht einer Unternehmertum in unserem Verband das Wort reden, und der oben angeführte Grundsatz mag in unserem Verband nicht zur Geltung kommen, aber ich für meine Person verbiete mir entschieden, wenn der Kollege v. Widerer in seinem Eingefüllt sagt: "Jedem Kollegen, der gegen diesen Beschuß opponiert, muß die Schomrade ins Gesicht steigen!" eine solche direkte Beeinflussung und Bedrohung. Nach haben wir Zwecke ausbeuten zu können. Auch sei es Pflicht jedes organisierten

Arbeiters, hierbei mitzuverarbeiten. Ferner wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung am 6. April, nachmittags 4 Uhr, bei Heimbecker stattfinden zu lassen; Gauleiter Bahle wird über das Hausarbeitsgesetz referieren. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Auch Nichtmitglieder sind freundlich eingeladen. Von der Versammlung wurde lebhaft bedauert, daß die letzten Mitgliederversammlungen so schlecht besucht worden seien, trotz der traurigen Verhältnisse der hiesigen Tabakarbeiter und einer schon wieder drohenden neuen Besteuerung des Tabaks. Kollegen und Kolleginnen, rafft euch endlich auf und besucht eure Versammlungen besser! Dort ist der rechte Ort, wo ihr mit euren Kollegen eure traurige Lage besprechen könnt. Agitiert mit allen Kräften für den Verband, dann werden auch in unserem Orte endlich bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Bremen. Mitgliederversammlung am 19. März. Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung; 2. Regelung des Arbeitsnachwesels; 3. Verschiedenes. Beim ersten Punkt der Tagesordnung wird von Böhlen und Henke nochmals die Wahl eines Ortsbeamten empfohlen. Von Böhlen wird der Vorschlag gemacht, statt der bisherigen Bezirksschüler einen bestellten Schüler anzutun, der die Geschäfte des 2. Bevollmächtigten und die des Arbeitsnachwesels mit zu erledigen habe. Durch solche Regelung der Verwaltung würden keine neuen Kosten entstehen. Nach langerer Debatte wird der Antrag Böhdens angenommen. Nachdem dann Böhlen zum bestellten Beitragsklassifizierer und B. Böhm zum Bevollmächtigten gewählt ist, wird Böhlen zum 1. Schreiber und A. Hörmann zu Revisor gewählt. Die Verhandlung des 2. Punktes der Tagesordnung wird ausgesetzt. Beim Punkt "Verschiedenes" wird beschlossen, gegen den Sortiererkollegen Siebeling den Antrag auf Ausschluß zu stellen, weil derselbe den Arbeitsnachwuchs umgangen hat. Dachmann macht auf den Kampf der holländischen Tabakarbeiter aufmerksam und bittet, sich an den Sammlungen zu beteiligen. Es wird beschlossen, den holländischen Kollegen 200,- aus der Loslotto zu überweisen. Außerdem sollen Sammler herausgezogen werden. Auf Antrag Schreiber wird beschlossen, die Mitgliederversammlungen monatlich abzuhalten. Zum Schluß stellt Mähler noch den Antrag, den verstorbenen Mitgliedern außer der üblichen Trauermesse auch eine Trauerrede zu widmen. Auch dieser Antrag findet Annahme.

Mit kollegialem Gruß!
Fr. Trippensee.

Berichte.

Waldheim. Die am 15. März stattgefundenen Versammlung war gut besucht. Kollege Fischer gab den Kartellsbericht, welcher sich besonders auf die Maltesier, wie sie in diesem Jahre begangen werden soll, bezog. Im weiteren brachte er in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter ein Anliegen an die Mitglieder vor und bat um Beurteilung desselben. Ein Gesuch des Kollegen Fischer, seine Entschädigungsgelder in der Weise zu erhöhen, wie sie die Ortsbeamten anderer Städte schon bekommen und welches schon von Seiten des Vorstandes Billige gefunden hatte, wurde durch Abstimmung genehmigt. Nun kamen wir zum Hauptpunkt des Abends: Vortrag des Kollegen Rauch über "Minimalhöhne und Tarifverträge". Wie immer die Vorträge des Kollegen Rauch Anfang und Interesse von Seiten der Mitglieder finden, so wurde auch dieser Vortrag mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. In circa 1/2 Stunden führte er den Kolleginnen und Kollegen die Erklärung, Begründung und den Nutzen der Minimalhöhne und Tarifverträge vor Augen, gleichzeitig betonend, daß doch auch von Seiten der Sortierer und Kesselmacher an dem Vorstand herangetreten werden möchte, auch für sie einen Minimalhöhnentarif einzuarbeiten. Die Anwesenden lohnten den Vortrag mit starkem Beifall. Im Verteiltheiten wurden noch einige interne Angelegenheiten vorgebracht und fanden durch Berichtigung ihre Erledigung. Der Vortragende richtete zum Schlus einen kräftigen Appell an die gutbesuchte Versammlung, auch fernerhin möchten die Mitglieder so zehnreich erscheinen.

Brake i. L. Am 18. März fand die monatliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kartellsbericht; 2. Wahl eines Kartellsbelegierten; 3. Verschiedenes. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gaben die Kollegen Strate und Taeschke den Bericht von den letzten Kartellsitzungen. Beim zweiten Punkt wurde für den Kollegen Oltmann, der die Wahl eines Kartellsbelegierten abgelehnt hatte, der Kollege M. Taeschke gewählt. Unter Berichtigungen wurde der § 9 des Statuts betr. Arbeitslosigkeit befreit. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Strate und Meutter, die der Ansicht waren, daß die Auslegung des Paragraphen seitens des Vorstandes (nach welcher die Mitglieder, die zwischen Weihnachten und Neujahr seien müssen, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten) falsch sei. Auf dem nächsten Verbandstag müsse der Antrag gestellt werden, daß, wer länger als drei Tage ausleben müsse, Arbeitslosenunterstützung erhält. Diese Angelegenheit soll in einer der nächsten Versammlungen nochmals auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sodann wurde über den Jugendauschuß gesprochen. Vom Kollegen Reuter wurde ausgeführt, daß es die Hauptaufgabe des Jugendauschusses sei, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie ihre Kinder nur an den Veranstaltungen der Arbeiterjugend (die in nächster Zeit stattfinden werden), teilnehmen lassen und nicht an denen der bürgerlichen Jugendvereine, die nur auf patriotischen Plänen hinauslaufen. Diese bezweiden mir die Verdummung der Arbeiterjugend, um sie später besser für ihre Betriebe auszubauen zu können. Auch sei es Pflicht jedes organisierten

In den Tod getrieben. Unter diesem Titel erschien soeben ein neuer Band der Vorwärts-Bibliothek (Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68). Er enthält zwei Erzählungen von Ernst Preysang. In der ersten "Familie Potters" ist ein Fischer, der sich mit seiner arbeitsamen Frau gegen eine völlige Proletarisierung und Verarmung wehrt, aber immer weiter hinabgestoßen wird und schließlich seinem Boot in die Tiefe folgt. — Die zweite Erzählung — "Im Moor" — zeichnet den Kampf einer Witwe gegen einen Unisvorsteher, der ein alter Feind ihrer Familie ist und seinen Sohn hindert, die verführte Tochter der Witwe zu heiraten. Die alte Frau wird ebenfalls, nachdem sie sich hart gerichtet, in den Tod getrieben, weil höher als Ehre und Pflicht Standesdienstlichkeiten gewertet wurden. Natur- und Menschenbildungen von Moor und Meer geben den Erzählungen ihr besonderes Colorit.

Beide Erzählungen sind fesselnd geschrieben und werden die Leser von der ersten Seite bis zum Schlusse interessieren.

Der Preis des gut ausgestatteten Bandes beträgt gleich allen früher erschienenen Bänden der Vorwärts-Bibliothek gebunden 1. M. Die Vorwärts-Bibliothek ist in allen Parteibuchhandlungen und Speditionen vorrätig.

Briefkasten der Redaktion.

An mehrere Einsender. Nach Schluß der Redaktion sind noch einige Einsendeteile eingegangen, die in Nr. 16 veröffentlicht werden. Größere Arbeiten müssen, wenn sie noch in der am Mittwoch zu expedierenden Nummer Aufnahme finden sollen, spätestens Montagmittags in Händen der Redaktion sein. Das ist schon mehrfach bekannt gemacht worden.

Mitglieder, agiert für den Verband!



Soeben erschien:
Liste 202!

J. J. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustädtswall 36 Fernsprecher 3946

empfohlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185,- Mexiko-Decker (Abres) 300,- 350,-

200,- 220,- 240,- 250,- 260,- 275,- 280,-

300,- 320,- 340,- 420,- 450,- 500,-

Sumatra-Umbi, Vollblatt, 155,-

180,-

Java-Decker, dünnes 220,- 240,- 260,-

300,- 320,- 340,- 360,-

Java-Umbi, 140,- 155,- 160,-

165,-

Java-Einlage, 95,- mit Umbi,

110,- 120,- 130,-

Verschwind-Decker 260,- 275,-

300,- 320,-

Brasil-Decker 175,- 200,- 210,-

Brasil-Einlage u. Umbi, leicht u.

125,- 130,- 140,- 150,- 160,-

Widderformen, neu und gebraucht in allen Größen von 50,- 150,-

Schiffchen-Abdrücke verarbeitet gratis und frisch.

Neue, schniedeiseisne Formenreihen mit Praktikum, befinden

sich gezeichnet für 10 bis 12 Formen pro Stück 7.50,-

Gummiaufzugs, alle grüne Ware, grüne Lieferzeit, per Stück 2.50,-

Sumatra, pro 50 Reiter-Rolle gelb 80,- 105,- 120,- 125,- 150,- rot 100,-

Brasil-Deckblatt, grün und linsenförmig, pro 100 Meter Rolle 150,-

Neue grüne Formen ausdrucksvoll verarbeitet, fertig für die Verarbeitung.

Deutschlands größtes Wickelformenlager

für gebrauchte Formen mit ca. 700 Abbildungen. Zusendung kostenlos sofort!

Offeriere dir. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95,- bei Abnahme von 100 Pfund 90,- M. Franks

Zuladung. Sonstige Mischung zu 5,- & Zigaretten. All. Preissätze

und franco. Bestand nur unter Abnahme. [13]

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Neuestes Rechtstabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gear. 1886.

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover

No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Be-

gleichschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch

bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.

Spezialität Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabak.

Nur tadellos weiß brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den

feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkoffi aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake. Durchschnittspreis

für Sortierung per Pfund 3.00 Mk. verz.

Deckblatt-Tabake: II. Sortierung per Pfund 2.50 Mk. verz.

von Umbi- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt. II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt.

Geschnitten fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt

1.10 Mk. verzollt.

Probe-Postkoffi von 9 Pfund unter Kaufnahme. Bei grösseren Posten

zwei Reisekosten zu zahlen. Bei grösseren Posten

zwei Reisekosten zu zahlen. Bei grösseren Posten

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstraße 12

Java-Umbi No. 7124

sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur M. 1.50

pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869

2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur M. 2.25 pr. Pfund verzollt

Beordern Sie Muster!

vorlegen: Es ist brennlich für uns Tabakarbeiter, die wir ja zwecklos die am schlechtesten bezahlten Arbeiter mit sind, für ein paar Tage, die wir nur auszahlen müssen, Unterstützung zu erhalten? Über ist es besser, die Summen, welche hierfür jährlich ausgegeben werden, für den wirtschaftlichen Kampf zu verwenden? Ich glaube, letzteres tut uns doppelt gut. Werden unsere Löhne erhöht, so haben wir doch sicher weit mehr aus diesen Summen gezogen, als ein paar Tage Unterstützung ausmacht. Mit Arbeitslosigkeit muß heute jeder Arbeiter und jede Arbeiterin rechnen, und ist es dann ganz schön, wenn man sich sagen kann: Sieh hest du noch so und so viel Wochen vor dir, wo du vor der äußersten Not geschützt bist. Ein paar Tage Auszeiten lassen sich dagegen schon eher wieder auswenden.

Das Auszählen bei Inventuren usw. ist ja ganz und gäbe und nicht nur bei Großfabrikanten, sondern auch in kleineren Betrieben. Unternehmerherzen sind eben fast alle gleich. Mit dieser Entscheidung muß ja heute schon ein jeder Arbeiter rechnen. Nun, der angesündigte außerordentliche Verbundstag wird so klarheit in den stützigen Punkten schaffen; vielleicht bemühen sich die "mehreren Behörden" jeder um ein Mandat, dann wird es schon besser werden. Und wir erfahren, wer sie sind.

Leipzig, den 24. März 1913. Oswald Franz.

Eingesandt.

Infolge der Veröffentlichungen der "mehreren Behörden" hat sich im Tabak-Arbeiter ein lebhafter Meinungs austausch entwickelt, wobei es wohl gleichgültig ist, aus wieviel Kollegen diese "Mehreren" von den neuen Behörden bestehen. Augenscheinlich wird den "Mehreren" der schlechte Ton angestrichen, daß aber der § 9 auf ihrer Seite steht, läßt sich schwerlich bestreiten. Zu begründen ist es, daß der Vorstand so schnell und außerordentlich Verbundstag ankündigt, auf welchem man sich mit den Unterstützungsinstanzen unseres Verbandes wird eingehend beschäftigen müssen. Als eine gute Einleitung hierzu gefüllt mit der Artikel in Nummer 13, Beilage: "Mehr Kampfsorganisation". Ich will mich nicht weiter über den Artikel auslassen, als auf den Schluß besonders hingewiesen; der lautet: Mehr Kampf, mehr Mittel für den Kampf.

Und sei es auf Kosten der übrigen Verbandsinstanzen, heißt es weiter. Wie ich nun so über diese übrigen Verbandsinstanzen noch am Gräben bin, begegne mir gerade so ein reisendes Mitgliedsbuch. Daß es von einer "großen Tour" kam, sah man schon von außen. Ich denke, wenn jemand große Reisen tut, so kann er was erzählen. Das Buch plaudert nun folgendes: Es ist ausgestellt am 7. November 1909, hat an Marken eingelebt:

1909/10	41	a 45	Vtg.	= 18.45 M.
1911	12	" 45	"	= 5.40 "
1912	{	26	" 45	= } 22.70 "
1913		20	" 55	= 5.85 "

Summa 50.40 M.

Außerdem noch die 13 Extrabeiträge a 50 s und einige Postabzüge. Die Rücken für empfangene Unterstützungen sehen wie folgt aus:

Arbeitslosenunterstützung	Fahrgeld	Krankenunterstützung	Summa
M.	M.	M.	M.
1910 42.00	10.00		52.00
1911 24.15	2.00	7.00	33.15
1912 105.40		22.50	120.90
1913 37.20			37.20
Sum. M.	208.75	12.00	32.50
			253.25

Also bei einer Einnahme von 50.40 M eine Ausgabe von 253.25 M für nur Unterstützungen, daß dabei ein Kampfsatz geblieben werden kann, ist wohl schlecht möglich. Bemerken will ich noch, daß die Arbeitslosenunterstützung allein Anschein noch in der Hauptroute und nur auf der Reise erhoben ist.

Wie bezeichnen wir nun die übrigen Verbandsinstanzen, um m z. Mittel für den Kampf zu bekommen? So muß meines Erachtens die Frage lauten, die uns zu beschäftigen hat — nicht die M. Pension oder Pfingsten auf Weihnachten waren!

Die Beiträge erhöhen angeblich der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit wohl unmöglich sein, ebenso wie man aber die Unterstützungsinstanzen nicht einfach besiegen können. Ich gebe daher in Erwägung, die Begrenzung der Beiträge dauernd der Unterstützungen in Verbindung mit einer höheren Sparenzeit. Ich glaube, daß hier andere Summen herauskommen, als solche sich ergeben für die etwaigen aussehenden Mitglieder zu zahlende Arbeitslosenunterstützung. Ich möchte den Vorstand ersuchen, einmal eine Aufstellung zu machen, was gespart würde, wenn die Arbeitslosenunterstützung gekürzt wird von 12 auf 10 Tage, von 24 auf 20, 36 auf 30, 72 auf 60 Tage, und erst nach 3 Tagen gewährt würde (allerdings auch für die auf Wanderschaft).

Zum Schluss möchte ich noch bemerken, daß der lebhafte Meinungsaustausch, der augenscheinlich stattfindet, mir vorteilhaft wirken kann, wenn auch mal etwas darüber geschrieben wird.

Soest i. W.

Hubert Schmitz.

Eingesandt.

Nachdem verschiedene Stimmen in den Kreisen der Mitglieder in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung, insbesondere wegen der Auslastung des § 9 lautbar geworden sind, sehe ich mich veranlaßt, auch meine Meinung hierzu hinzutun.

Wenn ich an die Diskussion über den § 9 des Statuts zurückdenke, die auf der Hamburger Generalversammlung geführt worden ist, so muß ich mich wundern, daß der Vorstand eine solche Bekanntmachung erliegt, welche mit den Worten des Kollegen Deichmann auf der Generalversammlung nicht in Einklang zu bringen ist. Der Vorstand liegt durch Deichmann erläutert, daß er gegen die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage nichts einzubinden habe. Die schlechten Existenzbedingungen der Tabakarbeiterfamilie machen es uns zur Pflicht, die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage an zu gewähren. Die Worte fanden die Zustimmung der Generalversammlung. Nun kommt der Vorstand aber mit seiner Bekanntmachung, worin er das einmal statutarisch festgelegte Recht wieder über den Haufen schmeißt. Hat der Vorstand dazu ein Recht? Ich sage nein! Wie für die Mitglieder das Statut bindend ist, so bindend ist es für den Vorstand ebenfalls. Der § 9 befagt klar und deutlich, daß vom ersten Tage an Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, einen anderen Passus kennen ich sowie alle anderen Mitglieder nicht; infolgedessen muß allen Mitgliedern, die arbeitslos werden, Unterstützung gewährt werden.

Der Vorstand macht darin aber einen Unterschied bei Innanzurücknahme der Arbeitslosenunterstützung, und zwar bei den entlassenen und aussehenden Mitgliedern. Ist Auszettel keine Arbeitslosigkeit? Nach meinem Dafürhalten ist derjenige arbeitslos, der auszetteln muss. So rostig sind nun unsere Erwerbsverhältnisse nicht, daß man, wenn man auszetteln muss, sowieso schon gespart hat, daß man leben kann, dafür organisiert man sich, um gegebenenfalls auch die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Über man müßte dann nach Neustadt ziehen, denn dort kann man ja von dem Dienstboten soviel zuschlagen, daß man zwischen Weihnachten und Neujahr etwas zu essen hat.

Nach meinem Dafürhalten hat der § 9 unseres Statuts für die organisierte Tabakarbeiterfamilie eine außerordentliche Bedeutung infolge der Arbeitslosenunterstützung, weil letztere ja für jeden Tabakarbeiter eine direkte Stütze bei Arbeitslosigkeit ist und sein soll. Es ist ganz erklärlich, daß diese Bekanntmachung außerordentliche Auflösung in den Zählsäulen hervorruft, die von dieser Bekanntmachung betroffen sind. Wenn der Auszettel in seinem Bescheid sagt, daß der Vorstand mit seiner Bekanntmachung nichts Neues getan hat, sondern nur alte Bestimmungen unseres Verbandes erneut bekanntgegeben hat, so ist dies nach meiner Ansicht ein großer Irrtum vom Ausdruck. Ich persönlich kenne keine derartige Bekanntmachung. Über und darüber Bekanntmachungen nur zur Zeit am den Auszettel gelangt? Als vor 8 Jahren die Zählsäule Frontfront sich an den Vorstand wandte um Gewährung von Arbeitslosenunterstützung für die Mitglieder, die zwischen Weihnachten und Neujahr 4 bis 7 Tage auszetteln mussten, da antwortete uns der Vorstand: Arbeitslosenunterstützung kann hier Mitgliedern nicht ge-

währet werden, weil sie nicht entlassen seien. Und jetzt liegt der Auszettel, der Vorstand hat nur als Bestimmungen erneut bekanntgegeben. Aus reinem Idealismus kann bei der jetzigen Zeit kein Tabakarbeiter auf 4 bis 6 Tage Unterstützung verzichten. Und zu solcher Zeit die Bekanntmachung des Vorstandes! Ich bin nun nicht der Meinung der Behörden-Mitglieder, daß ein neuer Vorstand sein muss, aber der Ansicht bin ich, daß der kommende Verbandsstag darüber sorgen muß, daß in Zukunft es dem Vorstand möglich gemacht wird, die einmal statutarisch festgelegten Rechte zu setzen.

Frankfurt a. O.

Carl Strehl.

Verbundteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faukenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Bureauzeiten von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faukenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Rieber, Welland, Bremen, Faukenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankofen der Großaufsatz-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postcheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an J. A. Krohn, Bremen, Faukenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Revolutions bestimmte Zuschriften sind an Gustav Niendorf, Bremen, Faukenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Ausgeschlossen nach § 15: In Hamburg der Zigarrenmacher Otto Klotz aus Wannewoh, geb. 29. 3. 1876, wohnt, 4. 6. 1911, Nr. 2, Buch S. II 27505. (S. 669, 20.)

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Wiederholt ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, in welcher mißbräuchlicher Weise Kollegen mit ihren Wanderkarten umgehen. Häufig werden Wanderkarten als verloren gemeldet, die sich nachher in ganz unbefugten Händen befinden.

Beim Abheben von Unterstützungen wird den Bevollmächtigten dringend empfohlen, von Personen, die nicht persönlich bekannt sind, neben der Verbandslegitimation, Buch oder Wanderkarte, sich auch die Invalidenakte oder eine andere Legitimation zeigen zu lassen.

Jahresbericht für 1912.

Der Verbandsvorstand beabsichtigt, den Jahresbericht für 1912 baldigst drucken zu lassen und erucht deshalb die Bevollmächtigten des Verbandes, ihm bis zum 28. April mitzutellen, wie viele Exemplare des Jahresberichts sie für ihre Zahlstelle benötigen.

Bremen. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung!

In letzter Zeit sind des öfteren die Fragen an uns gerichtet worden, unter welchen Voraussetzungen den Mitgliedern des Verbandes Fahrgeld und Umzugunterstützung gezahlt werden kann. Wie halten es dieserhalb für ratsam, die diesbezüglichen Bestimmungen erneut bekannt zu geben. Diese lauten:

Mitglieder, die Anspruch auf Fahrgeld oder Umzugunterstützung erheben, haben der zuständigen Verwaltung den Nachweis dafür zu erbringen, daß die von ihnen angenommene Arbeit als annehmbar zu betrachten ist. Als Beweis für die Annehmbarkeit der Arbeit kann nur angegeben werden eine Bescheinigung des Bevollmächtigten des neuen Wohnortes oder eine solche des zuständigen Arbeitsmarktleiters.

Mitglieder, die Fahrgeld erhaben wollen, haben außerdem den Nachweis dafür zu erbringen, daß sie, ohne eigenes Verschulden aus der Arbeit entlassen wurden.

Die Bevollmächtigten werden dringend erucht, vorstehende Bestimmungen genau zu beachten und bei Einreichung von Anträgen auf Genehmigung von Fahrgeld und Umzugunterstützung — neben einem ausführlichen Bericht darüber, aus welchen Gründen ein Wechsel des Wohnortes vorgenommen werden soll — die Personalien der Mitglieder (Tag und Jahr der Aufnahme, S. und Buchnummer und Beitragsklasse) genau anzugeben und das oben geforderte Beweismaterial beizulegen.

Eingehende Anträge, die nicht genügend begründet oder das geforderte Beweismaterial nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Spandau: Franz Schnabel als 2. Vev.

Adressenänderungen.

Spandau: Der 2. Vev. Franz Schnabel wohnt Dannerstr. 27, 5. III.

Duisburg: Der 1. Vev. Ang. Hock wohnt Flachsmarkt 12, Hof 1.

Wittenberg: Der 1. Vev. Herm. Lüthje wohnt Markt 5.

Werl: Alle für die Zahlstelle Werl bestimmt Sendungen und Zuschriften sind an Aug. Blome, Welschenweg 9, zu adressieren.

Wuppertal: Der 1. Vev. Otto Barth wohnt Verlängerte Falbstraße.

Cölbe a. d. S.: Alle Zuschriften sind an den 2. Vev. Gust. Müller, Neustadt 46, zu senden.

Stolp: Der 1. Vev. Paul Berg wohnt Große Gartenstr. 38, der 2. Vev. Max Pommerning, Ottost. 9.

Vom 26. bis 31. März 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge):

22. März: Hamburg V. 100.— Neusalz V. 70.— Salzungen

V. 150.— Magdeburg V. 300.— Sandersheim V. 100.— 23.

März: Drantienbaum V. 200.— Hainichen V. 55.— Winsen V. 100.— Frankfurt a. O. V. 120.— 24. März: Derlinghausen V. 120.— Hanau V. 120.— Klein-Erzgebirgsburg V. 120.— 25. März: Johannegegenstadt V. 100.— Eschwege V. 350.— Lorsch V. 100.— Kreischa V. 200.— 26. März: Blotho V. 250.— Chemnitz V. 100.— Baddenhausen V. 113,50.— Bansen V. 150.— Schnellmanshausen V. 150.— 27. März: Lübeck V. 50.— Goldberg V. 80.— Kreiden V. 50.— Bredstedt V. 80.— Südbremervörde V. 50.— 28. März: Burgdamm V. 150.— Minden i. W. V. 100.— Blotho V. 50.— Wiershausen V. 90.— Verden V. 800.— Münsterberg V. 35.— Braunschweig V. 400.— Trebbin V. 100.— Neuenkirchen V. 35.— 29. März: Westringen V. 350.— 30. März: Osnabrück V. 100.— Bremen, den 31. März, 1913. V. Rieder-Welland.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

12. März: Würzburg, A. Schmidt 15,15. Magdeburg, H. Horst

13. März: Bremen, J. Hoffmann 25,00. 25. März: Bremen,

14. März: Bremen, H. Stahlsmeyer 20.— Schlesmühlen

15. März: Bremen, A. Luhn 2,80. 27. März: Goldberg, V. Stumpf 10.—

16. März: Bremen, H. Rieder-Welland.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende

Gelder bei mir eingegangen:

12. März: Stockholm, C. Johansen 278,40. 19. März: London, Gen. Coover 101,70. 18. März: Stockholm, C. Johansen 2. Rate

278,40. 23. März: Wien, J. Patermann 65,90. 26. März: Stockhol, C. Johansen 2. Rate 278,40.

Bremen, den 31. März 1913. C. Deichmann.

Arbeitsnachweise.

Die Bureau befinden sich:

für den Gau Hamburg:

Altus: Gottlieb-Dietrich, Bureau: Einschüttelstraße 10.

für

Aus meiner in der Einschreibung vom 19. März
geschlossen gekauften Partie

445 Ballen Loros/AB

offeriere ich kernige und gesunde reifbraune **Bezoeki-Aufarbeiter** von allerfeinster Qualität, tadellos brennend, leicht auf der Hand:

	verzollt	
Nr. 1878. Loros. Blattige 4. Länge, rundes, volles Blatt	Mk. 1.25	
Nr. 1879. Loros. Sehr blattige 3. Länge, viel Umblatt	Mk. 1.30	
Nr. 1880. Loros. Sehr blattige 2. Länge, sehr viel Umblatt	Mk. 1.40	
Nr. 1881. Loros. Sehr blattige 1. Länge, sehr viel Umblatt	Mk. 1.50	

Transitpreise von 50 Pfg. per $\frac{1}{2}$ kg ab Berlin

Ich biete hiermit schon in niedriger Preislage Javatabake von feinstem Geschmack!

Decken Sie jetzt Ihren Bedarf!

Heinrich Frank

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

Tabakarbeiter-Genossenschaft (E. G. M. D. S.)
Burgsteinfurt i. W.

Artikel	Volumen 1912	Volumen
An Gebäudekonto	10 968.87	Per Geschäftsanteilkonto 4 690.50
Maschinenkonto	2 368.87	Dispositionskonto 2 700.42
Fabrikutensilienkonto	3 644.31	Reisekonto 1 052.30
Debitorenkonto	17 181.78	Darlehenkonto 8 000.-
Kassakonto	296.91	Hypothekarkonto 6 790.-
Barentkonto	5 473.81	Hausanteilskonto 3 160.-
Rohmaterialkonto	32 439.32	Kreditorenkonto 37 723.54
Immobilienkonto	4 889.70	Grundstückshalben- konto 3 000.-
Unterkontos I	30.-	Betriebsfondskonto 14 216.23
Unterkontos II	250.-	Rezeptkonto 246.-
		Reingewinn 1 474.58
	83 043.57	83 043.57
Debet	Verlust und Gewinn-Konto 1912	Crédit
An Schändelkonto	11 192.71	Per Bruttopremie 94 457.09
2% Abzugsrechnung	223.84	Interessenkonto 12.97
Maschinenkonto	2 632.07	Frägenkonto 616.27
10% Abzugsrechnung	263.20	Divergkonto 162.23
Gebührenkonto	4 049.23	
10% Abzugsrechnung	404.92	
Debitorenkonto	17 456.78	
Voraussichtliche Ab- schreibung	275.-	
Licht- und Brenn- stoffmaterialkonto	696.91	
Produktionskonto	432.76	
Schufakonto	18 764.18	
Salatkonto	4 762.-	
Reisekostenkonto	1 732.50	
Jubiläum u. Sonnen- tagenbeitragskonto	1 201.34	
Zinsenkonto	659.23	
Postkonto	563.53	
Gehalts- und Kostenkonto	63 792.57	
Reingewinn	1 474.58	
	95 248.56	95 248.56

Mitglieder-Betrag

Mitglieder-Betrag am 1. Januar 1912	95
Summe des Jahres beigezahlt	3
	98
Gierhorw. Spenden aus	
a) durch den Tod	1
b) durch Aufzähligung	3
	4
Während am 31. Dezember 1912 ein Mitgliederbetrag von mit 96 Gehältsanteilen	94
Die Gehaltsquittungen der Mitglieder betragen am 1. Januar 4 675.50	
sicheren erhalten sind im Geschäftsjahr um	15.
Gehaltsquittungen am 31. Dezember 1912	4 690.50
Die Gehaltsquittungen am 1. Januar 1912	4 800.-
am 31. Dezember 1912 eingezahlt	4 800.-
Abgezogen und mit den Belegen überreimlich befinden.	
Überweisung am 3. März 1913	
Der Kassenstet: Bill. Zahl. Berl. Deuter. Sch. Weißbrun.	
Der Kassier: Bill. Zahl. Berl. Sch. Weißbrun.	
Der Kassier: Bill. Zahl. Berl. Deuter. Sch. Weißbrun.	

Verantwortlicher Schaffner: G. Weißbrun. Druck: Deutscher Tabakarbeiter-Berlin, E. Deimann

Prachtvolle Auswahl
in fahlen Decktabaken
für die feine Fabrikation

Verlangen Sie Franko-Zusendung der Spezialofferte!

Sehr preiswerter

:: Vorstenlanden-Linksroller ::

Nr. 1877. Vollblatt 2. Länge, sehr hell, weisser Brand, sehr deckfähig **verzollt Mk. 2.60**

Ueber 100 verschiedene moderne Fassons von

gebrauchten Formen

neu eingetroffen. Jetzt ca. 400 verschiedene Fassons vorrätig!

Billige Verkaufspreise! Fordern Sie Musterbogen!

Gebrauchte Utensilien: Trockenrahmen à 30 Pfg.
Rollbretter von 40 Pfg. ab
Zählbretter à 30 Pfg.
Presskästen, verstellbar
Pappkartons
Schrägen
Formenpressen
Kistenpressen usw.

Fordern Sie Spezialofferte!

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22

H. Edling

Gegründet 1882

Hermeling & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Preiswerte Tabake.	
Sumatra-Decker	3. Länge Vollblatt, mittelhell, 180 g.
Sumatra-Decker	2. Länge Vollblatt, mittelhell, 230 g.
Sumatra-Decker	1. Länge hell, 250 g.
Vorstenlanden-Decke	dunkel, besser Mexiko-Cruz, à 260 g., helle Stehdecke à 300-400 g.
Java-Umblatt (Vollblatt)	140, 150, 180, 170 g. Stückblatt 120, 140, 150 g.
Java-Decker (hell)	270, 280, 300, 350, 400, 420, 450, 500 g.
Java-Umblatt (hell)	110-125 g.
Java-Aufarbeiter	à 130-145 g.
Java-Umblatt	à 150-190 g.
Mexiko-Decke	à 450 g.
Brasil à 150-190, Decke à 350 g.	
Havanna à 250 g.	
Domingo à 120-170 g.	
Carmen à 120-155 g.	
Uekermärker Ia.	à 105 g.
Lösung	Blattware, à 105 g. Deckblatt-Mannponigen à 125 g.
Wickelformen	gebräuchte, gut erhalten. Schriftlichen-Abdrücke gratis und gratis.
PRESSION	zu 12 Normen, oben u. unten vergraut, Holzfuß u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung, 4seitige Träger, sonst 11 g. nur..... 10 g.
	Presskästen, Bündelböcke, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lackpapier, Band, Ringe, Etiketten, Gummi-Tragant.
	Gebräuchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe.
	Tabakspreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Verwand unter Nachnahme mit 3% Skonto.
	Verlangen Sie Preisverzeichnis.

Geldnot

in das Leben der jetzigen Zeit. Sollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Platz. Bei dem Sicherungsagenten erhalten Sie von

Millionären

Reichen, Stolzieren, Dotieren nur wenig getragene, reinwollene, vielfach auf Solde gekaufte Sachen. Sie kaufen recht und billig nur bei

M. Diamond, München

Büttnermelchstrasse 5

Erlangen Sie noch heute ohne Gedächtnisheit meinen Katalog B., welcher Ihnen gratis und frankt zu Diensten steht. Die bedeutendsten Sorten, welche Ihnen dienen wird, werden Sie dann sehr erfreuen.

Zello-Zugzeuge, 1- und 2-reihig..... von M. 10-40

Schwalbenfutter-Zugzeuge..... 7-35

Schrod-Zugzeuge, schwarz und Robenfarben..... 10-40

Stadt- und Smokings-Zugzeuge..... 10-45

Englische Hosen und Jacken..... 3-10

Moderner engl. Wäst, 1- und 2-reihig..... 6-30

Ölhölzergruberzieher..... 4-18

Gummimantel in allen Farben..... 14-30

Stadt-Pelze..... 60-200

Große Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu stimmend billigen Preisen.

Wollen Sie aufgeklärt werden, ob für nichtmonatende Reisen umsonst das Gebot abgegeben oder auf Skonto umgestellt wird.

Der Versand nur per Nachnahme.

August Durlacher

Mannheim 2, B. 7, 9

Alle Sorten Tabake verzollt und versteuert inkl. Wertsteuer. Reelle Bedienung. Verwand gegen Nachnahme mit 3% Skonto. Abgabe jeden Quantums. Gr. Formenlager.

Carl Roland, Berlin SO. 26

Rottweierstrasse 5

Sumatra-Tabake M. 1.60, 2.50, 3.20, 3.50, 3.80, 4.00, 5.50. Vorstenlanden-Decken M. 2.70, 3.10, 3.60.

Java-Einlage M. 1.20, 1.30, 1.40.

Java-Umblatt M. 1.75, 1.85. Brasil M. 1.30, 1.50, 1.85.

Alle unteren Tabate billige; reelle Bedienung.

Joseph Bräuer, früher Danner.

Wer teilt mir obige Adresse mit?

Unter 76 an die Erheb. d. St.

Joseph Bräuer, früher Danner.

Wer teilt mir obige Adresse mit?

Unter 76 an die Erheb. d. St.